

Erarbeitet in der Forschungsgruppe „Wissenschaftlicher Atheismus“ am Institut Marxismus-Leninismus für Seefahrt Warnemünde-Wustrow von Dipl. Phil. Gabriele Böhm

Einsatz: Marxistisch-leninistisches Grundlagenstudium an Universitäten und Hochschulen der DDR – für Lehrkräfte und Forschungsmitarbeiter auf dem Gebiet des Wissenschaftlichen Atheismus

[1]

Wissenschaftlicher Atheismus

Forschungsbericht 42

Gabriele Böhm

Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)

Gesellschaftskritische Positionen

Rostock 1987

[2]

Ingenieurhochschule für Seefahrt Warnemünde/Wustrow

Institut für Marxismus-Leninismus: Wissenschaftlicher Atheismus Forschungsbericht 42: Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) – Gesellschaftskritische Positionen. Gabriele Böhm, Rostock 1987, 52 Seiten.

Wissenschaftliche Leitung: Prof. Dr. phil. habil. O. Klohr

Redaktion: Dr. Wolfgang Kaul

Satzspiegel: Doris Baumann

[3]

Vorbemerkung	3
1. Anmerkungen zur Geschichte der katholischen Jugend in Deutschland	4
2. Zu politischen Differenzierungsprozessen im BDKJ seit Ende der sechziger bis Ende der siebziger Jahre.....	8
2.1. Die Debatte um das Selbstverständnis katholischer Jugendarbeit	8
2.2. Politische Positionen des BDKJ.....	9
2.3. Zur Konfliktsituation zwischen den Bischöfen und den Verbandsleitungen des BDKJ	13
2.4. Zusammenfassung.....	16
3. Zum politischen Wirken des BDKJ in dem achtziger Jahren	17
3.1. Der BDKJ im Kampf um Frieden und Gerechtigkeit	17
3.2. Solidarität des BDKJ für den Kampf gegen Armut und Unterdrückung in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.....	22
3.3. Gesellschaftskritik oder: Ist der BDKJ auf Linkskurs?	25

[4]

Vorbemerkung

Nach ihrer Arbeit: Die Entwicklung gesellschaftskritischer Positionen in der katholischen Studentenbewegung der BRD (Rostock-Warnemünde 1984) legt G. Böhm nun eine Studie zur Entwicklung gesellschaftspolitischer Positionen im BDKJ der BRD vor.

Der BDKJ gehört zu den großen katholischen Verbänden (ca. 450.000 Mitglieder), die im Zentralkomitee der deutschen Katholiken zusammengeschlossen sind. Während die überwiegende Mehrheit dieser Verbände politisch konservativ orientiert ist, bildete der BDKJ in den letzten Jahren vielfältige gesellschaftskritische Positionen aus. Er repräsentiert damit eine Entwicklung an der Basis der den Bund bildenden Jugendverbände. Damit gehört der BDKJ zu denjenigen Kräften im Katholizismus der BRD, die der Friedensbewegung nahe stehen, für Abrüstung eintreten, kritische Positionen zu den sozialen Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution zu Umweltverschmutzung, zu steigender Jugendarbeitslosigkeit beziehen und für den Kampf gegen die Armut in den Entwicklungsländern, für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung eintreten. Deshalb ist es erforderlich, den (allerdings widersprüchlichen) Prozeß der Ausprägung progressiver politischer Positionen im BDKJ zu verfolgen, weil er den Differenzierungsprozeß innerhalb der bürgerlich-politischen Kräfte zum Ausdruck bringt.

O. Klohr

1. Anmerkungen zur Geschichte der katholischen Jugend in Deutschland

Die katholische Jugendbewegung war bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts überwiegend konservativ geprägt.

Aus der Geschichte ist, wie nachfolgend dargestellt, zu entnehmen, daß es nur sporadisch sehr bescheidene Ansätze bewußter politischer Aktion, schon gar nicht gesellschaftskritischer Positionen gegeben hat. Um so bemerkenswerter ist der nach 100 Jahren einsetzende politische Aktivierungsprozeß. Die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und ihre sozialen Auswirkungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland veranlaßte auch die katholische Kirche, nach neuen Formen und Inhalten einer massenwirksamen Arbeit zu suchen. Die erste organisierte Form systematischer katholischer Jugendarbeit (sie trat aus dem Rahmen der Kongregationen heraus war 1848 die Gründung des Katholischen Gesellenvereins durch Adolph Kolping. Eine größere Breitenwirksamkeit katholischer Jugendarbeit setzte aber erst im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts ein.

Die weitere Organisation der katholischen Jugend erfolgte um die Jahrhundertwende auf Diözesanebene. 1910 erfaßte der 1896 gegründete katholische Jungmännerverein Deutschlands (KJMVD) 1.987 katholische Vereine mit ca. 194.000 Mitgliedern. Gleichzeitig setzte die Organisierung der katholischen Frauenjugend ein.

Das von Kaplan Mosterts postulierte Ziel, Jugendliche zu ganzen katholischen Menschen zu erziehen, d. h., das traditionelle katholische Bildungsdefizit aufzuarbeiten, kam jedoch erst mit dem Aufschwung der bürgerlichen Jugendbewegung zum Tragen, wesentlich aber erst in der Weimarer Republik.

1921 wurde die Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Jugend unter Leitung von Mosterts gegründet. Sie vereinte 1929 ca. 1.418.000 Mitglieder.¹

Große katholische Jugendverbände in der Weimarer Republik waren unter anderem: [6]

Katholischer Jungmännerverband (ca. 382. 000 Mitglieder),
Zentralverband der katholischen Jungfrauenvereinigungen Deutschlands (ca. 767.000 Mitglieder),
Katholischer Gesellenverein (ca. 84.000 Mitglieder),
Werkjugend in den katholischen Arbeitervereinen (ca. 30. 000 Mitglieder).

Kleine, aber agile Gruppierungen waren die katholischen Jugendbünde wie Quickborn, Jungborn, Großdeutsche Jugend, Neudeutschland. Traditionell konservativ arbeiteten die katholischen Studentenverbindungen wie der Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen (CV), Unitas u. a. Außerdem erfaßte die katholische Sportvereinigung Deutsche Jugendkraft (DJK) ca. 700.000 Jugendliche.

Die traditionell „unpolitische“ katholische Jugend wurde durch die sozialen und politischen Konflikte der zwanziger Jahre, die Auswirkungen des ersten Weltkrieges aktiviert. Auf dem Reichstreffen des KJMVD 1931 in Trier wurde neben der organisatorischen Straffung, der religiös-kirchlichen, der erzieherischen und der sozial-caritativen erstmals die „volkspolitische“ Aufgabe hervorgehoben. Das Jahr 1933 wurde zum „Sturmjahr“ erklärt. Insbesondere die durch Kaplan J. C. Roisant ins Leben gerufene und von F. Steber geführte „Sturmschar“ (1930 ca. 25.000 Mitglieder) wurde um aktiven Teil innerhalb des KJMVD. Ihre Gruppen standen in der Tradition der bürgerlichen Jugendbewegung und waren relativ offen gegenüber anderen weltanschaulichen und politischen Positionen. Auch in den katholischen Jugendbünden (1927 ca. 26.000 Mitglieder) zeigten sich erste wenn auch in ihrer Wirksamkeit

¹ Religion in Geschichte und Gegenwart, Tübingen, 1929. Bd. III, S. 563.

sehr begrenzte kritische Positionen. Innerkirchliche Reformbestrebungen („Liturgische Bewegung“), aber auch Stimmen gegen die drohende Kriegsgefahr, gegen die Fürstenabfindung sowie soziale Aktivitäten waren die Reflexion auf die allgemeine Krise des Kapitalismus, die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft, die soziale Differenzierung der Katholiken. Als Seismographen der sozialen und ideologischen Graduierungen ist der „linke Flügel“ der katholischen Jugendbewegung in die innerkatholische Opposition einzuordnen, wie sie in der Weimarer Republik zu einer gewissen Wirksamkeit kam. Dazu gehörten vor allem die „Großdeutsche Ju-[7]gend“, die „Werkhefte“ und der „Quickborn“, sowie Gruppen der katholischen „Sturmschar“.

Ungeachtet dieser kaum ins Gewicht fallenden kritischen Gruppierungen war die katholische Jugendarbeit konservativ und antikommunistisch.

Dem Machtantritt des Faschismus stand der katholische Klerus weitgehend loyal gegenüber. Die Verflechtung der Kirche mit den konservativen reaktionären Kräften in Staat und Wirtschaft, die Traditionen des Antikommunismus und Antiliberalismus, dazu ein stark hierarchisch und obrigkeitstaatlich geprägtes Denken ließen große Teile des hohen Klerus und der Zentrumsspitze ein Arrangement mit dem faschistischen Staat ratsam erscheinen.

Mit der Errichtung der faschistischen Diktatur verloren auch die katholischen Verbände und Organisationen ihre Funktion als wesentliche Stütze der bürgerlichen Gesellschaft und mußten sich für die imperialistischen Kriegsinteressen als Hindernis erweisen. Dennoch stellten die katholischen Jugendverbände 1933 einen gewichtigen Faktor der organisierten Jugend in Deutschland dar. Durch das Reichskonkordat vom 20. Juli 1935 geschützt, wurden sie zunächst zu den größten legal existierenden nichtfaschistischen Jugendorganisationen in Deutschland. Ihr traditionelles Selbstverständnis als „nichtpolitische Jugend“ (vom KJMVD abgesehen und ihre im wesentlichen pazifistisch-humanistische Grundhaltung ließen sie den Faschismus aus weltanschaulichen und humanistischen Gründen ablehnen. Unter den jungen Katholiken entwickelte sich im Unterschied zur evangelischen Jugend oder anderen bürgerlichen Jugendorganisationen eine relativ breite Opposition. Vor und nach 1933 gab es besonders im Katholischen Jungmännerverband Deutschlands kritische Diskussionen zur Rolle des Faschismus und der von ihm ausgehenden Kriegsgefahr.²

Besonders Gruppen der katholischen „Sturmschar“ fanden zum antifaschistischen Widerstand und zu einer politischen Zusammenarbeit mit Kommunisten.³ Das wurde schließlich im Februar 1936 zum Anlaß genommen, 58 katholische Jugendführer, darunter von der zentralen Düsseldorfer Leitung Franz Steber sowie die Kaplane Dr. Rossaint und Kremer, zu verhaften und den berüchtigtem „Katholikenprozeß“ zu inszenieren. [8] Im April 1936 verkündeten die Bischöfe die „Richtlinien für die katholische Jugendseelsorge“ und richteten Bischöfliche Diözesanjugendämter ein. Damit wurde die katholische Jugendarbeit auf das Pfarrgemeindepinzipp umgestellt und auf die „Sammlung um den Altar“ orientiert.

In der Zeit zwischen 1937 und 1939 wurde den Verbänden und Organisationen jede Grundlage ihres Wirkens über den rein religiösen und caritativen Bereich hinaus entzogen. Sie wur-

² Im Sommer 1932 versandte J. C. Rossaint, noch Kaplan in Oberhausen, eine „Willenserklärung der katholischen Jugend“, in der es hieß: „Sie lehnen den Faschismus aller Schattierungen ab. Sie kämpfen im Verein mit aller katholischen Jugend Deutschlands um die Freiheit des Volkes nach innen und außen.“ Zit. nach Willy Kutz, Katholische Jugend gegen Krieg und Faschismus, in: Entrüstet euch! Für Frieden und Völkerverständigung: Katholiken gegen Faschismus und Krieg. Hrsg. vom Arbeitskreis Christen im VVN-Bund der Antifaschisten, Frankfurt a. M. 1982, S. 16.

³ Vgl. dazu die Untersuchung von Hartmut Bräsel: Zur Zusammenarbeit junger Kommunisten und Katholiken im antifaschistischen Widerstandskampf im Bezirk Niederrhein in den Jahren 1933-1935, Dipl. Phil. Fakultät der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald 1965.

den verboten und aufgelöst, sofern sie sich nicht freiwillig den faschistischen Organisationen unterordneten. So bot das Pfarrgemeindeprinzip den jungen Katholiken auch Schutz und Zusammenhalt. Nun wurden die seit 1936 durchgeführten „Bekennnistage“, an denen in einigen Orten 70 bis 90% aller katholischen Jugendlichen teilnahmen, die „ersten großen Feiertage quer durchs Reich“, sowie andere religiöse Zusammenkünfte „Präsenz und Orientierung“, für viele ermutigender Protest. Trotz dieses antifaschistischen Potentials fand nur ein kleiner Teil zum antifaschistischen Widerstand bzw. zur Aktionseinheit mit anderen demokratischen Kräften. Durch die Politik der Bischöfe und Teile der katholischen Jugendführung desorientiert, setzten die Jugendlichen aber mit innerer Emigration und Verweigerung Zeichen individuellen Protestes. Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit Menschen anderer Weltanschauung und politischen Zielen förderten auch bei den Katholiken den Willen, sich gemeinsam mit ihnen für ein demokratisches und friedliches Deutschland zu engagieren. Diese Potenzen konnten jedoch durch die reaktionäre Politik nach dem 2. Weltkrieg in den Westzonen nur sehr begrenzt zur Entfaltung gelangen. Die westlichen Besatzungsmächte verzögerten zunächst die Zulassung antifaschistischer demokratischer Jugendverbände. Sie orientierten auf „unpolitische Interessengruppen“ und damit auf eine Aufspaltung demokratischer Jugendarbeit. Später hatte der 1949 gegründete Deutsche Bundesjugendring die Aufgabe, formierten Widerstand gegen die imperialistische Entwicklung im Westen Deutschlands abzuschwächen.

Die kirchlichen Jugendverbände und -gruppen konnten sich dagegen relativ schnell reorganisieren und an Einfluß gewinnen.⁴ Neben der Altenberger „Bischöflichen Hauptstelle für [8] Katholische Jugendseelsorge und Jugendorganisationen“, die die gesamte katholische Jugendarbeit in den Diözesen koordinierte, wurde 1947 der „Bund der Deutschen Katholischen Jugend“ (BDKJ) gegründet.

Entgegen den Intentionen der Bischöfe hatten die verschiedenen Verbände des BDKJ eigene Geschäftsstellen und entwickelten ein relativ eigenständiges Verbandsleben.

Der BDKJ verstand sich zunächst als „körperschaftlicher Zusammenschluß“ der organisierten katholischen Jugend und umfaßte ca. 750.000 Mitglieder.⁵

Ihm gehörten folgende Verbände an:

- Christliche Arbeiterjugend (CAJ)
- Deutsche Pfadfinderschaft Sankt Georg (DPSG)
- Heliand (katholische Mädchen höherer Schulen)
- Jugendbund des Katholischen Deutschen Frauenbundes
- Kolpingjugend
- Bund Neudeutschland (katholische Jugend höherer Schulen)
- Marianische Kongregationen (MC)
- Quickborn⁶
- Schar.⁷

⁴ Vgl. dazu u. a. die Dissertation von G. Fuhrmann: Die Funktion des Bundes der westdeutschen katholischen Jugend im Prozeß der Remilitarisierung Westdeutschlands und der Kampf der antiklerikalen katholischen Kreise gegen die Restauration des deutschen Militarismus. Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht“ Potsdam 1967.

⁵ Bundesvorstand BDKJ (Hrsg.): 25 Jahre BDKJ, Düsseldorf 1973, S. 8.

⁶ Zunächst sammelten sich gerade in dem der Jugendbewegung der 20er Jahre verpflichteten Quickborn progressive, weltanschaulich aufgeschlossene junge Katholiken. Mitte der sechziger Jahre wurde aus dem Quickborn-Arbeitskreis auf Burg Rothenfels eine unbedeutende Gruppe. Viele ehemalige Mitglieder engagierten sich in anderen Gruppen bzw. in der Publizistik.

⁷ Die Schar war die kleinste Mitgliedsgemeinschaft im BDKJ (zunächst 5.000, in den 50er Jahren nur noch 1.000 Mitglieder). Sie versuchte, ebenfalls aus der Jugendbewegung der 20er Jahre kommend, Selbständigkeit

Konnte man Ende der vierziger Jahre noch von einer deutlichen Ablehnung jeglicher Remilitarisierung der BRD unter der katholischen Bevölkerung sprechen, praktizierte die Kirchenführung 1950 eine direkte Legitimierung der imperialistischen Adenauerpolitik unter den Gläubigen. Auf den BDKJ wirkte der von seinen Führungsstellen vertretene Antikommunismus und Antisowjetismus äußerst lähmend. Sozialer Boden für eine reaktionäre Politik und Ideologie war besonders in den im BDKJ organisierten revanchistischen Vereinigungen gegeben.⁸

Zu ersten umfangreichen politischen Diskussionen kontroverser Art, die auch im BDKJ ausgetragen wurden, kam es während der Remilitarisierungsdebatte Anfang der fünfziger Jahre in der BRD.⁹ Aus Protest gegen die politische Entscheidung der Bundesführung des BDKJ für eine Wiederaufrüstung der BRD „Elmsteinerklärung“ des Bundesführers Josef Rommertskirchen auf der 6. Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendringes 1952 gründeten ca. 100 Mitglieder im Juli 1952 in Essen den [10] „Arbeitskreis katholischer Jugend gegen die Wiederaufrüstungspolitik“ (Essener Kreis). Erklärtes Ziel war zu verhindern, daß die katholische Jugend durch scheinbar religiöse Argumente zum Verzicht auf verantwortliche politische Meinungsbildung gedrängt wird. Es wurde betont, daß die Wiederbewaffnung zu einer Verschärfung der internationalen Lage führen müsse und eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands verhindere. Der Arbeitskreis erklärte sich auch zur Zusammenarbeit mit anderen Gruppen bereit, um die Freiheit der politischen Entscheidung der Christen zu verteidigen.¹⁰ Die Bedeutung des Arbeitskreises (er bestand bis 1954) liegt in der umfassenden politischen Perspektive dieser Gruppe. Er gehörte zu den ersten organisierten (linken) Oppositionsbewegungen im westdeutschen Katholizismus. Die Ablehnung der Aufrüstungspolitik geschah nicht aus moralischem Sentiment, sondern aus politischer Urteilskraft politischer Strategie und Analyse

Reaktion der BDKJ-Führung war ein Unvereinbarkeitsbeschluß über die Mitgliedschaft im BDKJ und im Essener Kreis. Die demonstrativ CDU-hörige Politik der Bundesführung sicherte dem katholischen Jugendverband eine exklusive Rolle im Dachverband der Jugendorganisationen in der BRD. im Deutschen Bundesjugendring (BDJR)

Die katholische Jugend der BRD war in den 50er Jahren insgesamt konservativ und antikommunistisch. Ihre großen Jugendverbände blieben bis in die 60er-Jahre hinein (die traditionell konservativen Studentenverbindungen bis in die Gegenwart) eine Kaderreserve der CDU/CSU. Kritische Stimmen und Gruppierungen katholischer Provenienz, die besonders gegen die Remilitarisierung der BRD auftraten, erlangten kein wesentliches Gewicht. [10]

in der Kirche zu bewahren, hatte Kontakte mit den französischen Arbeiter-priestern. Ihre Mitglieder waren stark demokratisch eingestellt und pazifistisch aktiv.

⁸ Die 1951 gegründeten „Aktionen für die heimatvertriebene Jugend“ umfaßten 1955 230.000 Mitglieder. Vgl. Informationsdienst des BDKJ, Altenberg 1951, Heft 1, S. 2.

⁹ Vgl. dazu Amseln Doering-Manteuffel: Katholizismus und Wiederbewaffnung. Die Haltung der Katholiken gegenüber der Wehrfrage, Mainz 1981.

¹⁰ Vgl. das Flugblatt „An alle jungen Katholiken“, BDKJ Archiv, Mappe: „Verteidigungsbeitrag.“

2. Zu politischen Differenzierungsprozessen im BDKJ seit Ende der sechziger bis Ende der siebziger Jahre

21. Die Debatte um das Selbstverständnis katholischer Jugendarbeit

Die in den sechziger Jahren in Westeuropa erstarkende demokratische Massenbewegung, insbesondere die Studentenbewegung, die Antikriegsbewegung, aber auch die gemäßigte Reformpolitik der SPD, die unter dem Druck der Massen ihre „neue Ostpolitik“ einleitete, nahm auch auf die bürgerlichen Jugendorganisationen Einfluß. In ihren Organisationen, die konfessionellen eingeschlossen, wuchs aus den gesellschaftlichen Erfahrungen eine Sensibilisierung für soziale und politische Probleme. Soziale Unsicherheit, Zukunftspessimismus, der Krieg der USA in Vietnam sowie die Auswirkungen der imperialistischen Ausbeutungspraktiken in der 3. Welt führten zu kritischen Auseinandersetzungen in den Jugendverbänden. Hinter den sogenannten langwierigen „Strukturdebatten“ um Aufgaben und Aufbau bürgerlicher Jugendarbeit verbargen sich im Wesentlichen Auseinandersetzungen um Auftrag und politisches Selbstverständnis. Auch in den katholischen Jugendverbänden orientierte sich schließlich die Arbeit stärker auf jugendpolitische Interessenvertretung, verbunden mit der Übernahme demokratischer Verantwortung.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt für die Mobilisierung der katholischen Jugend waren die einsetzende Krise von Theologie und Kirche, die neuen Leitlinien des 2. Vatikanischen Konzils, die mit einer Öffnung der Kirche zur Welt verbunden wurden.

In Konfrontation mit diesen Problemen trat im Katholizismus eine bemerkenswerte politische Differenzierung ein, die auch viele spätere Auseinandersetzungen zwischen den Bischöfen der BRD und der katholischen Jugend prägte.

Die seit Mitte der sechziger Jahre im der BRD geführte Debatte um Ziele und Inhalte bürgerlicher Jugendarbeit, in der um eine politische Eigenständigkeit und Interessenvertretung der Jugend gerungen wurde, war auch im BDKJ spürbar. In einigen seiner Verbände, setzte ein Prozeß der Loslösung von der [12] Konformität mit CDU, Staat und Amtskirche ein.

Kritische Stimmen orientierten sich zunächst auf den innerkirchlichen, strukturellen Bereich und wandten sich gegen den undemokratischen Aufbau und Arbeitsstil der Kirche.

Jedoch lag bereits hier die Ursache in der noch undeutlich reflektierten unterschiedlichen Interessenlage von Kirchenleitungen und Kirchenvolk Die allgemeine Tendenz der Ablehnung von Staat, Organisationen, Institutionen durch einen relativ breiten Teil der Jugend bezog sich insbesondere auch auf die Kirche. Die Differenzierungserscheinungen innerhalb des BDKJ sowie ihre Öffnung zur gesellschaftlichem Praxis waren deshalb mit ihrer verstärkten Abkehr von der Kirche verbunden. Religionssoziologische Untersuchungen ergaben besonders signifikante Ergebnisse bezüglich des sonntäglichen Kirchganges. Zwischen 1963 und 1976 gab es bei der katholischen Jugend einen „Kollaps des Kirchganges“. Die Teilnahme der 16- bis 29jährigen sank von 52% auf 21%.¹ Aus den Untersuchungen ging außerdem hervor, daß der katholische Moralkodex nur noch von einer Minderheit der katholischen Jugend akzeptiert wurde.²

Die kritischen Positionen äußerten sich vor allem in Meinungen wie

– die Kirche sei zu reich und dadurch zu sehr in der Nähe der Reichen;

¹ Allensbacher-Archiv, Umfragen Nr. 096 – 1008, 1077, 2032 – 36/43, 45 – 48, 2096, 3084, zit. nach: Abwendung von der Kirche, Herder-Korrespondenz, Heft 9/1981, S. 444.

² Vgl. G. Schmidtchen: Zwischen Kirche und Gesellschaft, Forschungsbericht über die Umfrage zur gemeinsamen Synode der Bistümer der BRD, Freiburg 1972, S. 179 ff.

- politische Rücksichtnahme überlagere die Botschaft Jesu;
- die Amtskirche übe Macht und Herrschaft aus, ihr Handeln und Reden sei undurchsichtig;
- sie sei zu wenig bereit und fähig, den Dialog zu führen;
- sie bevormunde im persönlichen Bereich und sei im sozialen Bereich zu wenig kritisch.³

Die Forderungen nach demokratischen Strukturen der Kirche und jugendgemäßem Glaubensvollzug verdeutlichtem einen beginnenden Prozeß religiös motivierter Politisierung. Nachdem auf dem BDKJ-Bundesfest 1965 nachdrücklich eine politische, eigenständige Interessenvertretung gefordert wurde, verabschiedete die Hauptversammlung 1967 zunächst eine Vorlage zur politischen Bildung. Dieser Beschluß charakterisierte erstmals die gesellschaftspolitische Bildung als einen wesentlichen Arbeitsbereich der katholischen Jugendorganisationen und betonte gleichzeitig die parteipolitische Unabhängigkeit des BDKJ. Es heißt u. a., junge Leute seien zu der Entscheidung zu befähigen, „in welcher gesellschaftlichen Gruppierung sie ihre Interessen vertreten lassen wollten, bzw. von welcher gesellschaftlichen Gruppierung sie ihre Interessen vertreten lassen wollen ...“⁴

Diese im Beschluß ausgedrückte Distanzierung von einer traditionell CDU/CSU-konformen Politik und der Anspruch auf politische Selbständigkeit wurde von den Bischöfen hart kritisiert. Grundtenor war, den Jugendverbänden das Recht auf jegliche politische Mitsprache und Interessenvertretung streitig zu machen. Der Ausschuß für Jugendrecht und Jugendpolitik des BDKJ bekräftigte jedoch in der Auseinandersetzung das Recht jeder Gruppe auf politische Willensbildung und darauf, politische Verantwortung wahrzunehmen. Das werde als Auftrag zu einem Engagement für Freiheit und Würde des einzelnen und für die Demokratie in Staat und Gesellschaft gesehen.⁵ Der BDKJ wolle insbesondere dafür eintreten „daß im Rahmen unserer demokratischen Ordnung Diskussionen, Proteste und Auseinandersetzungen möglich, ja im Interesse einer funktionierenden Demokratie geradezu erwünscht sind“.⁶

2.2. Politische Positionen des BDKJ

Ende der sechziger Jahre trat der BDKJ somit erstmalig mit kritischen politischen Positionen an die Öffentlichkeit. Sie wurden insbesondere in folgenden Beschlüssen deutlich:

– 1967:

„Erklärung gegen Krieg und Massenmord“

Die Problematik Krieg/Frieden und Kriegsdienstverweigerung erwies sich für den BDKJ als eine politische Gretchenfrage. Der Völkermord in Vietnam forderte nicht nur aktiven Friedenskampf, er verdeutlichte auch den Zusammenhang von Frieden [und] sozialer Gerechtigkeit, der 3. Welt-Situation. Erstmals wurde vom BDKJ für den Frieden demonstriert. Es ergaben sich aus dem gemeinsamen Anliegen heraus erste [14] Kontakte zur demokratischen Studentenbewegung. Das Jahr 1968/69 stand unter dem Leitthema: Frieden ist möglich.

– 1967:

„Verhältnis zu dem politischen Parteien“

Dieser Beschluß hob nochmals die parteipolitische Unabhängigkeit des BDKJ hervor. Wenn auch viele junge Katholiken sich noch weltanschaulich-politisch an der CDU/CSU orientierten, reflektierte der Beschluß bereits die zunehmende Hinwendung breiter Teile der Bevölkerung in der BRD zu einer liberal geführten Reformpolitik, die schließlich mit dem Regierungswechsel durchgesetzt wurde.

³ Vgl. Maria Koppnagel: Jugendfragen heute – religiöse, kulturelle und gesellschaftliche Problematik, in: Herder-Korrespondenz, 3/1979, S. 133.

⁴ Resolution zur politischen Bildung, in: 25 Jahre BDKJ, Düsseldorf 1973, S. 21.

⁵ Vgl. H. Sudmann: Zu gesellschaftspolitischen Leitlinien des BDKJ, in: Impulse, Freiburg 1971, Beilage Nr. 2.

⁶ id-Informationsdienst des BDKJ vom 11.4.1968.

– 1967:

„Ostkontakte im Dienste des Friedens“

Der BDKJ unterstützte die „neue Ostpolitik“ der SPD und nahm mit Jugendorganisationen sozialistischer Länder Verbindung auf (zur FDJ bestehen bis heute nur über den Deutschen Bundesjugendring indirekte Kontakte). 1968 nahm der BDKJ erstmalig an den Weltfestspielen in Sofia teil.

– 1969:

Die Erklärung der Hauptversammlung vom November 1969 folgte nicht mehr der traditionellen Friedensethik der katholischen Kirche. Er hob sich insbesondere positiv von Äußerungen des katholischen Klerus in der BRD ab. Gestützt von den Aussagen des Konzils, die den Frieden vor allem als Werk der Gerechtigkeit charakterisierten und Frieden in direkte Beziehung zu einer gerechten Gesellschaftsordnung setzten, formierte sich ein progressives Friedensbewußtsein unter den katholischen Jugendlichen.

Der BDKJ wandte sich gegen jede Verengung des Friedensbegriffs, der sich in der Bezeichnung eines ruhigen und glückhaften Zustandes erschöpft. Christen seien dazu verpflichtet, „in dieser Welt alles für die Verwirklichung des Friedens im Geiste der Botschaft Christi zu tun“. Frieden wurde verstanden als „verantwortlich geplanter, auf Fortschritt zum Wohle der Menschheit ausgerichteter und vom einzelnen und von der Gesellschaft aktiv beeinflusster [15] Prozeß“.⁷

Einen breiten Raum nahm die Forderung nach Friedenserziehung ein. Sie müsse als „reale politische Kategorie in die gesamte schulische Bildung und in die soziale und politische Praxis“ Eingang finden. Darunter verstehe der BDKJ Einübung von Selbständigkeit und Mitverantwortung, von Partnerschaft und Solidarität, Abbau von Vorurteilen, aber auch Leisten von Friedensdiensten, Protest gegen jeglichen Krieg und jegliche Unterdrückung, Eintreten für Freiheit und Selbstbestimmung.⁸ Erstmals wurde die Gleichstellung des zivilen Ersatzdienstes mit dem aktiven Wehrdienst in seiner Bedeutung für den Frieden gefordert.

Die Interpretation des Verfassungsrechts auf Kriegsdienstverweigerung als gesetzlich garantierte Ausnahme und die Tendenz der Abwertung aller Kriegsdienstverweigerer durch das ZdK wurde, vom BDKJ abgelehnt.⁹ Eine heftige Diskussion um die Gewährleistung des Verfassungsrechtes auf Kriegsdienstverweigerung wurde im BDKJ mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungsmäßigkeit des Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetzes vom 24. April 1985 ausgelöst (siehe Abschnitt 3.). Der BDKJ arbeitet in verschiedenen Gremien und Beratungsstellen für Kriegsdienstverweigerer mit. In die Diskussion der Friedensproblematik werden, auch soziale Fragen sowie die Konflikte zwischen der 3. Welt und den „reichen Industrienationen“ einbezogen. Der zunächst progressive Denkansatz (vgl. dazu auch die Konzilaussage „Entwicklung ist der neue Name für Frieden“ der Enzyklika *Populorum progressio* Papst Joh. XXIII.) wurde allerdings durch die „Nord-Süd-Vorstellung“ eingeschränkt und folgte bürgerlichen Entwicklungskonzepten. Dennoch bleibt dieser Beschluß bis heute von hohem politischen Stellenwert für den BDKJ, wenn auch in der Gegenwart einige Aspekte anders gewertet werden.

– 1971:

„Beitrag zur Verständigung mit Polen“

⁷ Dienste für den Frieden, in: BDKJ-Grundlagen, Leitlinien, Positionen ..., Düsseldorf, o. J.

⁸ Ebenda.

⁹ Vgl.: Der Wehrdienst als Beitrag zum Frieden. Stellungnahme des Bundesvorstandes des BDKJ v. 24.7.1972 zur Erklärung des Beirates für politische Fragen des ZdK, in: BDKJ-Grundlagen, Leitlinien, Positionen ..., a. a. O.

Dieser Beschluß plädierte entgegen den Positionen von CDU/CSU für die Anerkennung der nationalen Integrität Polens und der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens. Damit [16] wurde der Prozeß der Normalisierung in den Beziehungen zwischen Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen unterstützt.

Anfang der siebziger Jahre zeigten sich im BDKJ Unsicherheiten hinsichtlich des politischen Standortes der verschiedenen Ebenen staatlicher und kirchlicher Jugendarbeit, aber auch für die Gruppierungen innerhalb der Verbände. Die Hauptversammlung des BDKJ beschloß deshalb 1971 den Grundsatzteil der

– Gesellschaftspolitischen Leitlinien“ des BDKJ.¹⁰

Als ein Grundanliegen war formuliert, zusammen mit anderen gesellschaftlichen Gruppen zu einer menschenwürdigen Gesellschaft beitragen zu wollen. Es sei festzustellen, „wo die Entfaltungsmöglichkeit und das Wohlergehen des Menschen durch gesellschaftliche Strukturen und Verhaltensweisen verhindert werden, und diese so zu ändern, daß die Selbstverwirklichung des Menschen mehr verwirklicht wird.“¹¹ Konkrete politische Einflußnahme auf die Jugendgesetzgebung, das Jugendhilferecht sowie auf Fragen der Bildungs-, Berufs- und Gesellschaftspolitik müsse garantiert werden. Der BDKJ bekannte sich zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ der BRD, zum Grundgesetz, zum Sozialstaatsprinzip. Die bürgerlich-parlamentarische Demokratie sei in der Gegenwart die Form politischer Machtausübung, die am ehesten in der Lage sei; für den einzelnen die Selbstentfaltung und die Mitgestaltung der Gesellschaft zu gestalten.¹²

Befangen von illusorischen Vorstellungen über Wesen und Funktion der bürgerlichen Demokratie, stellte sich die katholische Jugend damit auf den Boden bürgerlich-pluralistischer Gesellschaftsstrategien. Die Konkretisierung der gesellschaftspolitischen Leitlinien zeigte dann allerdings einen kritischen und z. T. progressiven Trend: [17]

1973:

„Der BDKJ und seine entwicklungspolitische Verantwortung“

Das Verhältnis zwischen „reichen Industrienationen“ und der 3. Welt wurde als neokolonialistisch charakterisiert. Es hätte seine Ursachen in der ungerechten Verteilung von Gütern Chancen, Mitteln.¹³ Dieser Konflikt werde stabilisiert durch „gesellschaftliche, wirtschaftliche und technische Herrschaftsstrukturen in den Industrieländern“.¹⁴ Aufgabe und Chance seiner entwicklungspolitischen Arbeit sehe der BDKJ vor allem in der umfassenden Information und kritischen Auseinandersetzung mit den Problemen der Unterentwicklung.

Neue Tendenzen zeigten sich Anfang der siebziger Jahre in einem Prozeß politischen Umdenkens, der den jungen Katholiken den engen Zusammenhang zwischen den Ausbeuterpraktiken der hochentwickelten kapitalistischen Länder und der Unterentwicklung sowie die Notwendigkeit des sozialen und politischen Kampfes in diesen Ländern bewußt werden ließ. Diese Erkenntnisse gingen weit über die Positionen der Kirchenleitungen in der BRD hinaus. Soziale Gerechtigkeit wurde nun nicht nur verbal, sondern politisch eingefordert. Die soziale und politische Unterdrückung in den jungen Nationalstaaten wurde als Folge gesellschaftsimmanenter („struktureller“) Widersprüche begriffen und förderte eine bewußte kritische Haltung zum kapitalistischen System. Gefordert wurde u. a.:

¹⁰ Gesellschaftspolitische Leitlinien des BDKJ, Grundsatzteil.

¹¹ Ebenda.

¹² Ebenda.

¹³ Der BDKJ und seine entwicklungspolitische Verantwortung. Beschluß der BDKJ-Hauptversammlung, 1973, in: BDKJ-Grundlagen, Leitlinien, Positionen ..., a. a. O.

¹⁴ Ebenda.

- Partnerschaft auf dem Weltmarkt, gleichberechtigtes Mitsprache- und Entscheidungsrecht in allen Gremien des Welthandels und bei der Neuordnung des Währungssystems;
- Strukturveränderungen in den Industriestaaten;
- Einführung einer „Entwicklungssteuer“;
- Förderung freier Träger und Initiativen, die zur Mobilisierung der Bevölkerung in der 3. Welt beitragen.

Spezielle Aktionen und Initiativen des BDKJ sind z. B die Aktion „3. Welt-Handel“, Projektübernahmen und soziale Dienste in der 3. Welt Aufklärungsveranstaltungen, Dokumentation usw. Seit 1970 gibt es einen gemeinsamen „Entwicklungs-[18]politischen Arbeitskreis“ zusammen mit der Evangelischen Jugend Deutschlands.

In seiner Haltung zu den wichtigsten Fragen der 3. Welt ließ der BDKJ bereits in den siebziger Jahren eine objektiv antiimperialistische Stoßrichtung erkennen, wenn diese auch durch eine ungenügende theoretische Fundierung erschwert werden mußte.

1974:

„Internationale Arbeit als Beitrag zu einer überzeugenden Friedensarbeit“

Der BDKJ dokumentiert eine gewachsene Aufgeschlossenheit für eine Zusammenarbeit mit Partnern anderer politischer und weltanschaulicher Haltungen: „Solidarisch ist der BDKJ mit denen, die in ihren konkreten politischen Verhältnissen unter Berücksichtigung der Grundrechte mit friedlichen Mitteln für eine menschenwürdige Organisation der Gesellschaft eintreten, die gesellschaftliche Entwicklung und Fortschritt bejahen und bei der Umsetzung ihrer Analysen Pluralität anerkennen.“¹⁵

Damit öffnete sich der BDKJ objektiv für ein breites Spektrum demokratischer Gruppen, die sich innerhalb der bürgerlichen Protestbewegung formiert hatten, aber auch der gewerkschaftlich orientierten Arbeit. Noch immer bestanden Vorbehalte gegenüber kommunistischen Organisationen. Nach wie vor wurde der wissenschaftliche Sozialismus als eine „zerstörerische und doktrinäre Ideologie“ abgelehnt und disqualifiziert. Diese Position wurde durch die konservativen katholischen Kirchenleitungen unterstützt.

Andererseits stellte dieser Beschluß eine weitere Absage an den Alleinvertretungsanspruch der konservativen politischen Kräfte in der BRD dar und war ein weiterer Schritt zur politischen Selbständigkeit.

Die offensichtliche Politisierung der katholischen Jugend im Sinne eines kritischen Engagements in Staat und Kirche führte schließlich 1975 zur Annahme eines neuen Grundsatzprogramms.¹⁶

[19] Danach erklärte der BDKJ den Einsatz für die Wahrung der Menschenrechte, für Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung der Völker zur Grundlage seiner Arbeit. Ziel sei es, „jungem Menschen bei ihrer personalen Verwirklichung zu helfen“. Sie vollziehe sich „in der Erfahrung von Sinn und Freiheit, in der Orientierung an Werten und in der Übernahme von Verantwortung, in der Begegnung und Auseinandersetzung mit anderen Menschen, in der Mitgestaltung der Kirche und im Einsatz für eine menschenwürdige Gesellschaft“.¹⁷

¹⁵ Internationale Arbeit als Beitrag zu einer überzeugenden Friedenspolitik. Konkretisierung der Gesellschafts-politischen Leitlinien des BDKJ für seine internationale Arbeit, in: BDKJ-Grundlagen, Leitlinien, Positionen ... a. a. O.

¹⁶ Grundsatzprogramm des BDKJ, Düsseldorf 1975.

¹⁷ Ebenda.

Der BDKJ wolle zu kritischem Urteil und eigenständigen Handeln aus christlicher Verantwortung erziehen. „Dazu gehört der Einsatz gegen Ungerechtigkeit, Unfreiheit, Unterdrückung und Ausbeutung, für Randgruppen und Diskriminierte in der Gesellschaft und die ständige Suche nach wirkungsvollen Wegen einer bestmöglichen Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens.“¹⁸

In dem neuen Grundsatzprogramm widerspiegelt sich das gewachsene politische Selbstbewußtsein der jungen Katholiken gegenüber der katholischen Kirche und dem Staat. Es betont die Eigenständigkeit der Interessen katholischer Jugendverbände, insbesondere in der Jugendgesetzgebung und Jugendförderung, in der Bildungs-, Berufs- und Gesellschaftspolitik. Im Gegensatz zur Jugendpolitik der Amtskirche entwickelten die Verbände autonome und jugendgemäße Positionen, die mit dem kirchlich-religiösen Normengefüge, aber auch mit politischen Haltungen der Kirchenleitungen in Konflikt geraten mußten. Besonders deutlich zeigten sich diese Entwicklungen in der CM (Christliche Arbeitnehmerjugend), der KJG (Katholische Junge Gemeinde), in der KSJ (Katholische Studierende Jugend), der DPSG (Deutsche Pfadfinderschaft Sankt Georg) und der KLJB (Katholische Landjugendbewegung).¹⁹ Diese Verbände bestimmen bis in die Gegenwart den politischen Meinungsbildungsprozeß im Bundesvorstand des BDKJ bzw. der Hauptversammlung als beschlußfassendes Organ. [20]

2.3. Zur Konfliktsituation zwischen den Bischöfen und den Verbandsleitungen des BDKJ

Bereits Ende der sechziger Jahre kam es zu ersten Kritiken der Bischöfe am den Bemühungen des BDKJ, sich mit Gesellschaft und Kirche konstruktiv auseinanderzusetzen.²⁰ Die neuem ost-, friedens- und sozialpolitischen Leitlinien des Vatikans, die stärkere Position der Laien in der Kirche, die progressiven jungen Kleriker, aber auch die permanent konservative Politik der katholischen Bischöfe, das Scheitern der Reformpolitik der SPD und der drastische Sozialabbau waren Komponenten, die den Wandel des BDKJ zu prägen begannen.

Nummehr wurde die von bischöflicher Seite verkündete Freizügigkeit gegenüber neuen Inhalten und Formen katholischer Jugendarbeit²¹ in der kirchenamtlichen Praxis schrittweise zurückgenommen. In einem Memorandum der Katholischen Studierenden Jugend heißt es dazu: „Im Konzil hatte die Kirche sich im besten Sinne des Wortes als fragwürdig erwiesen. Sie war bereit, sich den Lebensfragen der Menschen zu stellen und wurde ein gesuchter Gesprächspartner in den weltweiten Diskussionen um die Zukunftsfragen der Menschheit. So wurde die Kirche auch für viele Jugendliche wieder attraktiv ...“²² Weiter heißt es dann aber, diese Chance sei in den letzten Jahren verspielt worden. Die Kirche der BRD könne „keine

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ Vgl. die Positionspapiere der einzelnen Verbände:

– Positionspapier der Bundesleitung der KJG „Nicht schweigen – handeln“ (Aachen 1977), Programm '78 (Manuskript);

– Grundsatzerklärung der Internationalen CAJ (Linz 1975, in: action (1975) 9, S. 5-6; Selbstverständnis der CAJ, in: Katechetische Blätter/Katholische Jugendarbeit 101 (1976) 4, S. 247-258;

– Plattform der KSJ, in: Katechetische Blätter/Katholische Jugendarbeit 98 (1973), S. 247-249;

– Ordnung des Verbandes (DPSG), in: Katechetische Blätter/Katholische Jugendarbeit 98 (1973), S. 618 ff.

– Thesen zum konzeptionellen Hintergrund der KLJB, in: Katechetische Blätter/Kirchliche Jugendarbeit 98 (1973), S. 448-450.

²⁰ Vgl. u. a. H. Meyer: Zwischen Protest und Establishment. Ein neuer BDKJ? in: deutsche jugend 10 (1968), S. 453 ff.

²¹ Vgl. den Synodenbeschluß „Ziele und Aufgaben kirchlicher Jugendarbeit“ (1975, im: Schriftenreihe des Jugendhauses Düsseldorf, Düsseldorf 1975, Heft 15.

²² Memorandum zur Lage der Jugend in Gesellschaft und Kirche, zit. nach R. Bleistein, Kirchliche Jugendarbeit im Wandel, Schriftenreihe ... 1977, S. 7 f.

befreiende Perspektive aufzeigen, daher auch keinen Prozeß der Befreiung, der Erlösung, der Hoffnung in Gang setzen, weil sie die seit 50 Jahren anstehende Problematik von Freiheit, Autonomie und Emanzipation noch immer nicht kreativ und kritisch verarbeitet hat ... Die Kirche erscheint so sehr mit Herrschaft jeglichen Typs verquickt, daß sie das, was viele Jugendliche bewegt, seien sie resigniert oder engagiert, gar nicht verstehen kann“.²³

Der von den katholischen Jugendverbänden des BDKJ erhobene Anspruch auf Selbstentscheidung über Struktur und Inhalt katholischer Jugendarbeit war objektiv ein Prozeß der Loslösung aus traditioneller Abhängigkeit von der offiziellen Kirche. Die Debatte am Anfang der siebziger Jahre war grundsätzlicher Art. Grundpositionen der katholischen Kirche wie Erhaltung der zentralistischen und streng hierarchischen [21] Struktur wurden in Frage gestellt.

Die Antwort des kirchlichen Establishments auf die fortschreitende Säkularisierung katholischer Glaubens- und Lebensinhalte, auf den Verlust seiner Jugend seit Mitte der siebziger Jahre war eine verstärkte Bindung von Verbandsmitgliedern und pädagogischen Mitarbeitern an die Kirche.²⁴ Der Zugriff zur Kirchenjugend sollte durch stärkere Einflußnahme und Druck (bis hin zum Entzug finanzieller Mittel bzw. Auflösung von Verbänden) wieder ermöglicht werden. Aufschluß über Denkart und Vorgehensweise der Bischöfe gibt eine im Auftrag der konservativen katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach herausgegebene Schrift, die mit kirchlicher Hilfe weite Verbreitung fand. In ihr werden u. a. der CAJ, KJG, KSJ „antikirchliche Effekte“ und „Systemhetze“ vorgeworfen. Als Therapie wurde den Bischöfen vorgeschlagen: „Da die pädagogische, die kirchliche und gesellschafts-politische Ausrichtung einer Jugendorganisation mit zunehmender Größe in den letzten Jahren mehr und mehr von den hauptamtlichen Mitarbeitern gesteuert und betrieben wurde, ist die Qualifikation und Auswahl dieser Mitarbeiter wohl die Schlüsselfrage hinsichtlich der gesellschaftspolitischen und theologisch-pastoralen Qualität der in den betreffenden Organisationen geleisteten Arbeit. Hier wäre zu prüfen, ob nicht die Frage nach dem kirchlich-theologischen und dem gesellschaftspolitischen Standort hauptamtlicher Mitarbeiter in einzelnen Jugendorganisationen im zurückliegenden Jahrzehnt großzügig übergangen wurde ...“²⁵

In einem Artikel des Passauer Kolpingfunktionärs Rose (CDU) hieß es, daß „die Funktionärsschicht des BDKJ, die auch aus Jungsozialisten besteht, die Jugendlichen von der Kirche zu entfremden versucht“.²⁶

Gefahr sahen die Bischöfe in der weiteren Linksabdriftung des BDKJ. Die These vom „Generationskonflikt in der Kirche“ konnte die grundsätzlichen Interessenunterschiede zwischen Jugend und Amtskirche nicht mehr verwischen. In den Verbänden hatte sich eine eigenständige religiöse und politische Praxis stabilisiert, die zu einem kritischen und humanistischen gesellschaftlichen Engagement des BDKJ führte. Die Mehrheit der Verbandsfunktionäre ließ sich nicht mehr, wie [22] früher in der Regel, als Rekrutierungspotential für Kirchen- und Parteiämter, als konservative Kaderreserve verwenden. Die Verbandsleitungen kommen zwar in dieser oder jener Form aus der kirchlichen Jugendarbeit, haben aber zumeist eine weltliche Fach- oder Hochschulausbildung erfahren. Oft waren sie aktive Mitglieder der politisch agilen Katholischen Studentengemeinden. (Die Katholische Deutsche Studenteneinigung KDSE wurde wegen ihres politischen Programms 1973 von den Bischöfen aufgelöst, Nachfolgeor-

²³ Ebenda.

²⁴ Vgl. dazu G. Brenner: Verbandsautonomie. Zur Krise der katholischen Jugendarbeit, in: deutsche jugend, 10 (1978), S. 456.

²⁵ Lothar Roos: Katholische Jugendorganisationen im Spannungsfeld Kirche – Gesellschaft. Konflikte, Ursache, Aufgaben. Hrsg. von der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach, Köln 1978, S. 10.

²⁶ Zitiert nach BDKJ-Informationendienst, Düsseldorf, 13 (1978), S. 141.

ganisation ist die Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten- und Hochschulgemeinden, AGG, Bonn)²⁷. Daher rührte auch der Vorwurf, der BDKJ sei zum „Mitproduzenten eines linken Konformismus“ geworden.²⁸ Es sei ihm anzuraten, sich vom „einen oder anderen zu trennen, die Christus sagen und Marx meinen“.²⁹

Mit dem Argument, in der katholischen Jugendarbeit sei die „Kirchlichkeit“ nicht mehr gewährleistet, war der BDKJ immer wieder massivem Druck ausgesetzt. Immer wieder klangen Androhungen durch, die Existenzgrundlage der Verbände durch Entzug kirchlicher Mittel zu vernichten. Kritik richtet sich insbesondere gegen die Stellung der in den Verbänden gewählten Priester, deren pastorale Leitungsverantwortung nicht „in einem ‚kollegialen Team‘ aufgehen könne“, indem sie lediglich als „verbandlicher Interessenvertreter“ gegenüber dem Bischof fungieren.³⁰

Diese Kritik der Bischöfe wurde vom BDKJ strikt zurückgewiesen. Er vertrat die Auffassung, die Demokratie müsse sich auch in der Kirche widerspiegeln. Eine solche „Demokratisierung der Kirche“ befördere innere Wandlungsprozesse unter der katholischen Jugend.

Von politischen Positionspapieren der katholischen Verbände des BDKJ standen einige unter besonderer Kritik:

- Grundsatzerklärung der internationalen CAJ: Ihr warf man vor, sich zum „fundamentalen Marxismus“ zu bekennen.
- Die Veröffentlichung der Katholischen Studierenden Jugend „Durchblick – Materialien zum Thema Wirtschaft“.
- Die Kritik am „Radikalenerlaß“, der von der Bundeskonferenz der KSJ 1975 als „von Staats wegen betriebene Gesinnungsschnüffelei“ bezeichnet wurde.

[23] In der bereits angeführtem Schrift von Roos wurde diesen Dokumenten Verfassungsfeindlichkeit unterstellt. Sie könnten zu dem Eindruck führen, man „bejahe nicht mehr uneingeschränkt die Grundlagen der verfassungsmäßigen demokratischen Ordnung“.³¹ In diesem Zusammenhang hieß es in einem Artikel der Deutschen Volkszeitung (Düsseldorf), der BDKJ brauche sich nicht zu wundern, wenn er sich im nächsten bayrischen Verfassungsschutzbericht wiederfände. Es sei zu bezweifeln, ob sich die politischen Aktivitäten noch als kirchliche Jugendarbeit vertreten ließen.³²

Die Repressionen und Vorwürfe gegenüber dem BDKJ, die Liquidierung der KDSE, sind Glieder in der Kette der seit Ende der sechziger Jahre einsetzenden Reorganisation des Konservatismus in der katholischen Kirche der BRD. Diese Politik wurde nur auf dem Hintergrund der innerkatholischen Situation, der gesellschaftlichen Position des Katholizismus und der gesellschaftlichen Gesamtsituation verständlich. Die divergierende Pluralität des Katholizismus in der BRD wurde mit dem Konzil, dem Ende der Adenauerära, spätestens aber mit dem „Katholikentag der Rebellion“ 1960 in Essen öffentlich. Kirche und Religion verloren an Glaubwürdigkeit als besondere, ewige und unpolitische Wesenheiten. In dem Maße, wie Staat und Kirche wieder stärker auf konservativen Kurs gingen, mußten sich die auf der Grundlage bürgerlichen Demokratieverständnisses angelegte Kritik der Jugend zu einer fundamentalen Kirchenkritik wie zu einer partiellen Kritik des kapitalistischen Systems ausweiten.

²⁷ Vgl. dazu G. Böhm: Die Entwicklung gesellschaftskritischer Positionen in der katholischen Studentenbewegung der BRD, Rostock-Warnemünde 1984 (Wissenschaftlicher Atheismus, 29)

²⁸ Jürgen Wahl, in: 25 Jahre BDKJ, hrsg. v. Bundesvorstand des BDKJ, Düsseldorf 1973, S. 80. (Jürgen Wahl ist ehemaliger Referent f. politische Bildung bei der Hauptstelle des BDKJ v. 1957-1962.)

²⁹ A. a. O., S. 72.

³⁰ Zitiert nach G. Brenner, a. a. O., S. 458.

³¹ A. a. O., S. 483.

³² Nicht mehr die gleiche Sprache, in Deutsche Volkszeitung, Düsseldorf, vom 22.5.1980.

2.4. Zusammenfassung

Durch die sozialen und politischen Massenaktionen der demokratischen Jugendbewegung in Westeuropa aktiviert, setzte die Krisenerfahrung Mitte der siebziger Jahre eine Zäsur in der politischen Arbeit des BDKJ. Die Mehrheit der Verbandsmitglieder bekannte sich zu einer politischen Interessenvertretung und zu einer aktiven gesellschaftlichen Arbeit. Durch das Bewußtwerden ihrer objektiven sozialen Interessen traten für viele junge Katholiken Grundzüge imperialistischer Politik deutlicher hervor. Für diesen Wandlungsprozeß waren die [24] Diskussionen um die „Dritte Welt-Problematik von großer Bedeutung. Von außen in das kirchliche Bewußtsein hineingetragen und von ihr seit Ende der sechziger Jahre als ein wichtiges Arbeitsfeld angenommen, haben die „entwicklungspolitischen“ Aktionen zur Kritik der Ausbeuterpraktiken in den kapitalistischen Industrienationen zunehmend auch zur Erkenntnis der spezifischen kirchlichen Funktion und derjenigen ihrer Hilfswerke geführt. Caritativ orientierte Arbeitskreise der katholischen Jugend begannen sich zu gesellschaftskritischen Kristallisationspunkten zu entwickeln, die nicht nur zur Bewältigung individueller christlicher Sozialisation ihrer Mitglieder beitrug, sondern auch kirchen- und gesellschaftskritische Momente enthielten.

Die Auswirkungen der Krise auf alle gesellschaftlichen Lebensbereiche förderte eine komplexere Betrachtungsweise der Zusammenhänge von Frieden, Gerechtigkeit und sozialem Fortschritt.

Die weitgehenden politischen Differenzen zwischen der katholischen Kirche und politischen Grundsatzentscheidungen des BDKJ beantwortete die Amtskirche mit einer Offensive antiliberaler und konservativer Kräfte und mit personellen Eingriffen in die Jugendverbände. Trotz aller wirksamen Bindungen an Kirche und politischen Konservatismus führte jedoch die weitere Zuspitzung der internationalen Lage, der reaktionäre Hochrüstungskurs der NATO und die Verschlechterung der sozialen Lebensbedingungen zu weitergehenden politischen Einsichten und Positionen im BDKJ.

3. Zum politischen Wirken des BDKJ in dem achtziger Jahren

31. Der BDKJ im Kampf um Frieden und Gerechtigkeit

Die schwerwiegende Änderung der politischen und militärischen Situation in der Welt durch den NATO-Raketenbeschluß von 1979 und die Eskalation der imperialistischen Hochrüstung- und Aggressionspolitik veranlaßte den BDKJ in seiner politischen Arbeit zu eindeutiger Orientierung auf den Kampf um Frieden und Abrüstung. Die Hauptversammlung (1981) beschloß „Frieden und Gerechtigkeit“ als Schwerpunktthema für den Zeitraum 1981-1984.¹ Diese Schwerpunktsetzung erfolgte nicht voraussetzungslos,² jedoch erst jetzt gewann die politische Argumentation und Aktion an Priorität.

Die objektiv notwendig gewordene neue Qualität des Friedenskampfes in den achtziger Jahren verdeutlichte der stellvertretende Bundesvorsitzende Hermann Icking. Es käme jetzt darauf an, „mehr politische Substanz herauszuholen“, durch „mehr Informationen und durch rationale Auseinandersetzungen mit den Ursachen des Unfriedens“. Weiter hieß es: „Antikriegsspielzeugaktionen und Friedensgottesdienste sind nicht genug. Man muß sich auch um Abrüstungsverhandlungen und Nachrüstungsbeschlüsse kümmern“.³

Die 1981 von der Hauptversammlung verabschiedeten „Startpositionen“ formulierten das Ziel, die Friedensbemühungen „in gemeinsamen Aktionen innerhalb des gesamten Verbandes zusammenzuführen“ sowie „orientierende Impulse“ zu geben.⁴

Ziel des BDKJ sei eine neue Welt, in der

- Macht von Menschen über Menschen abgebaut ist,
- keiner mehr Angst vor anderen hat,
- Waffen Überflüssig sind,
- der eine nicht auf Kosten des anderen lebt,
- niemand wegen seiner Rasse, seines Geschlechts oder seiner Behinderung benachteiligt wird,
- jeder seine Anlagen und Begabungen entfalten kann,
- keiner mehr verhungern muß,
- jeder einzeln und in Gemeinschaft im Frieden miteinander leben kann.⁵

[26] Deshalb formulierte der BDKJ folgende Arbeitsschwerpunkte:

- Konflikte der Gesellschaft
- Neuorientierung der Friedens- und Sicherheitspolitik
- Gewalt in der 3. Welt und unsere Verantwortung.⁶

¹ Frieden und Gerechtigkeit. Startpositionen zum Schwerpunktthema des BDKJ, in: id-Dokumentation, Nr. 10/1981, S. 115-118.

² Bis zur Gegenwart bezieht sich der BDKJ im Friedensverständnis und in seiner Haltung zur Kriegsdienstverweigerung/Friedensdienst auf seine Stellungnahme „Dienste für den Frieden“ (1969). In Richtung Schwerpunktprogramm zielten Veranstaltungen in den Verbänden wie: Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges, Wiederkehr der Reichskristallnacht, Ermordung des Erzbischofs von El Salvador Oscar Arnulfo Romero, Aktionen gegen Rüstungsexporte, gegen Aufwendung von Rüstung überhaupt, Friedenswochen und -seminare, Herausgabe einschlägiger Schriften, Auseinandersetzung mit der Jugendarbeitslosigkeit, der Situation der Ausländer in der BRD, Diskussionen um Bundeswehr und Zivildienst. 1979 hatte der BDKJ-Hauptausschuß ein „Friedensaktionsprogramm“ beschlossen. Es wurden z. B. Fachtagungen „Frieden“ durchgeführt. Sie sollten einer gemeinsamen Konsensfindung und Sondierung der Positionen in den Verbänden dienen. Ein Hauptfeld der Friedensarbeit war die Arbeit in den Beratungszentren für Kriegsdienstverweigerer.

³ Interview mit dem stellvertretenden BDKJ-Vorsitzenden Hermann Icking, in: id Nr. 5, v. 19.3.1980, S. 54 f.

⁴ Frieden und Gerechtigkeit, Startpositionen ..., a. a. O.

⁵ A. a. O., S. 115.

⁶ Ebenda.

Der Bund stellte fest, es stehe die „unausweichliche Frage nach einer Neuorientierung der Friedens- und Sicherheitspolitik“. ⁷ Er forderte allgemeine und vollständige Abrüstung als einen Prozeß, „in dem Entspannungspolitik, Verhandlungen und Rüstungskontrollmaßnahmen nach wie vor als wichtige Schritte anzusehen sind.“ ⁸

Konzeptionell vertritt der BDKJ wesentlich Aspekte der „Pax Christi-Plattform Abrüstung und Sicherheit“ und fordert:

- Eindeutigen Vorrang haben nichtmilitärische Maßnahmen der Sicherheitspolitik,
- Die eigene Sicherheitspolitik gelte es zu überdenken, sie müsse die Sicherheitsbedürfnisse der anderen Seite mit einbeziehen;
- Abbau von Bedrohungsvorstellungen und Feindbildern, Suche nach alternativen Möglichkeiten der Friedenssicherung;
- Verstärkung der Friedens- und Konfliktforschung;
- Vertrauensbildende Maßnahmen auf Grundlage der KSZE, einseitige vertrauensfördernde Maßnahmen;
- Neue Qualität der Rüstungskontrollmaßnahmen;
- Gründung eines ökumenischen Friedensrates in der BRD. ⁹

Als Konsequenz dieser weitgehenden politischen Forderungen kam es auf der Hauptversammlung des BDKJ (ca. 120 Delegierte) im April/Mai 1983 zur eindeutigen Ablehnung der „Nachrüstung“ und zum Aufruf an die USA, auf die Raketenstationierung zu verzichten. In den „Altenberger Thesen“ wurden die USA aufgefordert, im Genf auch über den vom NATO-Beschluß gesetzten Zeitrahmen hinaus zu verhandeln und keine neuen Mittelstreckenraketen aufzustellen. Das geforderte Moratorium solle aber auch die Sowjetunion einhalten und „die ständige Neustationierung der SS-20 Raketen stoppen“. Die Entwicklung und Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen wurde als „Abkehr von der Kriegsverhütung durch Abschreckung und Hinwendung zur Mög-[27]lichkeit der entwaffnenden Erstschlagkapazität“ gewertet. ¹⁰

Diese eindeutige Absage an den NATO-Raketenbeschluß wie auch die Verurteilung der westlichen Sicherheitspolitik ist das Ergebnis der seit 1980 verstärkt in den Verbänden geführten Diskussionen. Dabei bestimmen die politisch profiliertesten Verbände wie KSJ (Katholische Studierende Jugend), KJG (Katholische Junge Gemeinde), CAJ (Christliche Arbeitnehmerjugend), aber auch die DPSG (Deutsche Pfadfinderschaft Sankt Georg) und die KLJB (Katholische Landjugendbewegung) zunehmend die Qualität und Intensität des Friedenskampfes der katholischen Jugend.

Bereits 1980 wurde von der KJG-Bundeskonferenz der NATO-Beschluß abgelehnt: „Mit dieser Entscheidung ist eine weitere Stufe der Rüstungseskalation zwischen Ost und West eingeleitet ... Wir halten die Entscheidung der Politiker für falsch und lehnen daher den Beschluß der NATO und die damit verbundene verstärkte Stationierung von nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa nachdrücklich ab ... Die Delegierten haben den Eindruck, daß gegenwärtig angesichts einiger Krisenherde (Iran, Afghanistan, gesamte islamische Welt) ein Klima der Angst erzeugt wird und damit die Bereitschaft zur Entspannung und Abrüstung sinkt. Demgegenüber halten wir es für wichtig, daß es zu einer umfassenden Öffentlichen Diskussion um die Sicherheitspolitik kommt.“ ¹¹

⁷ A. a. O., S. 117.

⁸ Ebenda.

⁹ Frieden und Gerechtigkeit, Startpositionen ..., a. a. O., S. 117.

¹⁰ Katholische Jugend der BRD gegen „Nachrüstung“, Neues Deutschland vom 27.4.1983.

¹¹ Positionspapier der Bundeskonferenz der KJG zu Einzelfragen. Zitiert nach: id, Nr. 12, vom 3.7.1980, S. 141.

Die KSJ stellte 1981 fest, der NATO-Beschluß „habe nichts mehr mit dem Recht auf Notwehr und sittlicher Verteidigung zu tun“.¹²

Der BDKJ vertritt hinsichtlich Frieden und Abrüstung folgende Grundpositionen (in ihnen kommt zugleich der Dissens zu der Haltung der offiziellen Kirche, dem ZdK und der CDU/CSU zum Ausdruck):

– Erstens verurteilt er, wie auch andere christliche Friedensinitiativen, eindeutig und klar jegliche atomare Abschreckung und vertritt die Auffassung, weder Einsatz noch Besitz atomarer Waffen sei ethisch in irgendeiner Weise zu rechtfertigen.

– Zweitens lehnt er den militanten Antisowjetismus ab. Bereits in den „Startpositionen“ wurde die Gefährlichkeit der [28] Politik der Stärke betont. Das Sicherheitskonzept verliere „den Rest seiner Legitimation“. Für die Zukunft „verbiete sich eine weiter primär militärisch orientierte Sicherheitspolitik“.¹³ In dem Positionspapier des BDKJ „Frieden und Abrüstung“ heißt es, daß die „Eingebundenheit Westeuropas in die NATO, die Parität im Bereich der Interkontinentalraketen, die wirtschaftliche Überlegenheit des westlichen Blocks eine Erpressung durch die Sowjetunion als durchaus zweifelhaft erscheinen lassen“.¹⁴ Gegen die These, die Sowjetunion sei für die immer schnellere Drehung der Rüstungsspirale verantwortlich, wandte sich der BDKJ Westberlin. Er vertrat dagegen die Meinung, daß der Westen, die NATO und die USA dabei sind, durch neue Mittelstreckenraketen „einen Schritt von der Vernichtungsabschreckung zur Kriegsführungsabschreckung“ zu vollbringen. Die NATO provoziere „in ihrer ambivalenten Funktion“ in der Sowjetunion Bedrohungsvorstellungen.¹⁵

Ausgangspunkt der „Rothenfelder Erklärung“ des BCJ (Bund Christlicher Jugend) gegen den NATO-Raketenbeschluß ist, „daß im Leitliniendokument des Pentagon geplant wird, wie ein atomarer Krieg geführt, auf Europa begrenzt und gewonnen werden soll“. Anhand eines Zitats des „Abrüstungsexperten“ der Reagan-Administration, Colin S. Gray, wird belegt, „daß diese Waffen zur Führung eines begrenzten Atomkrieges die Mittelstreckenwaffen Pershing II und Cruise Missiles sind. Somit müßten die USA in den Genfer Verhandlungen nicht Abrüstung im eigentlichen Sinne anstrengen, sondern Überlegenheit. Unter diesem Aspekt scheint dem BCJ das Scheitern der Verhandlungen beabsichtigt zu sein ... Nach seiner Ansicht habe die Sowjetunion konstruktive Vorschläge in Genf eingebracht, die in keiner Weise vom Westen aufgegriffen wurden.“¹⁶

– Drittens unterstützt der BDKJ das Konzept der gradualistischen Abrüstung und alternativen Verteidigung. Ausgangspunkt jeglicher Alternativpolitik müsse die Ebene der „gegenseitigen Glaubwürdigkeit und des Vertrauens“ sein. Im Rahmen eines gradualistischen Abrüstungskonzepts werden daher von der BRD und der NATO einseitige Vorleistungen als vertrauensbildende Maßnahmen verlangt.¹⁷ Es sei [29] nach Meinung des BDKJ möglich, den gegen-

¹² Resolution gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen. Zit. nach id, Nr. 7, vom 16. 4. 1981, S. 83.

¹³ Frieden und Gerechtigkeit. Startpositionen, a. a. O., S. 117. Hierzu gehöre auch die nun offiziell erklärte amerikanische Nuklearstrategie (Direktive 59), die gefährliche Illusionen über die Gewinnbarkeit von Atomkriegen nähre.

¹⁴ Positionspapier „Frieden und Abrüstung“ (November 1982, zitiert nach J. König: BDKJ für einseitige Vorleistungen, in: id Nr. 18, vom 15.10.1982, S. 238 f.

¹⁵ Zitiert in: begegnung (Berlin) Heft 8/1983, S. 2.

¹⁶ Rothenfelder Erklärung zum NATO-Doppelbeschluß. Zitiert nach: id Nr. 20, v. 31.10.1983, S. 246.

In der Erklärung wurde auch zur Teilnahme am Widerstandstag der Kirchen bzw. an der nationalen Widerstandswoche in der BRD aufgerufen. Die KJG fragte in ihrem Positionspapier „Aufstehen für die Abrüstung“ (1982: „Woher nehmen die, die so (im Sinne der Abschreckung reden, denn die Gewißheit, daß immer nur die anderen, – natürlich die aus dem Osten – schwach, sündhaft, verführbar sind, dem Bösen verfallen?“ Zitiert nach: id Nr. 5, v. 15.3.1983, S. 55.

¹⁷ id Nr. 14, v. 1.8.1983, S. 179.

wärtigen Nicht-Krieg auch auf dem Niveau einer bewußten und begrenzten Unterlegenheit ausreichend zu sichern.¹⁸

– Viertens bekennt sich der BDKJ zum „Recht auf (gewaltfreien) Widerstand im demokratischen Staat“

Im Kampf gegen die Raketenstationierung entwickelte sich in der katholischen Jugend eine politische Radikalisierung, die eine gewisse Desillusionierung über das Klassenwesen des bürgerlichen Staates bewirkte. Dies erwies sich sinnfällig in der öffentlichen Diskussion um „Widerstandsrecht im demokratischen Staat“ zwischen ZdK und BDKJ in der scharfen Auseinandersetzung zum „zivilen Ungehorsam“ gegen die „Nachrüstung“.

Im Herbst 1983 verabschiedete der Bund eine Stellungnahme, die das Recht auf individuelle Entscheidung zum zivilen Ungehorsam als äußerstes Mittel gewaltfreier Aktion, als „Gehorsam gegen Gott“ rechtfertigte.¹⁹

– Fünftens verschärfen sich die kontroversen Diskussionen um Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst.

Von Interesse ist die Tendenz einer zunehmend politisch motivierten Ablehnung des Wehrdienstes im BDKJ (im Gegensatz zu der primär pazifistisch und religiös begründeten Ablehnung des Wehrdienstes mit der Waffe), die untrennbar mit der NATO-Hochrüstung und deren Abschreckungsdoktrin in Verbindung steht. Debatten um die Gewährung des waffenlosen Dienstes in der Bundeswehr befaßten sich in der Vergangenheit mehr oder weniger mit dem Modus des Anerkennungsverfahrens bzw. um die Gleichstellung von Wehr- und Zivildienst in seiner Bedeutung für den Frieden.²⁰

Auf Grund der zunehmenden Aufrüstung sei jedoch heute „Soldat sein nur noch mit schlechtem Gewissen möglich“.²¹

Die derzeit gültige NATO-Strategie der „flexible response“ sieht im Verteidigungsfall den Atomwaffeneinsatz in beiden Teilen Deutschlands vor: „Dem kann kein verantwortungsvol-

¹⁸ Positionen des BDKJ Regensburg zur Friedemdiskussion, id Nr. 5, v. 16.3.1982, S. 52 f.

Der BDKJ führte mehrere Kooperationstagungen „Frieden“ der Referenten für politische Bildung durch, auf denen über Probleme alternativer Verteidigungsstrategie diskutiert wurde. Referenten waren u. a.:

Dr. Alfred Mechttersheimer (AG „Alternative Verteidigung“, Max-Planck-Institut, 1982 Leiter des Forschungsinstituts für Friedenspolitik e. V., ehemaliger Dozent an der Bundeswehrhochschule in München; Waldemar Ruiz (Referent bei Pax Christi); Prof. Ebert (Freie Universität Berlin-West, stellv. Vors. des Versöhnungsbundes und Mitglied der Synode der EKD). Vgl. dazu: id Nr. 23, v. 15.12.1981, S. 279; id Nr. 18, v. 15.10.1982, S. 236. Vgl. auch die einzelnen Positionspapiere der Verbände: Bundeskonferenz der KJG 180 „Passiver Widerstand statt Atom“, id Nr. 12, v. 3.7.1980, S. 141; Positionen des BDKJ Regensburg (1981, id Nr. 5, v. 16.3.1982, S. 52 f.; Stellungnahme (1982, id Nr. 11 1982, S. 132 f. Positionspapier des BDKJ zur Sicherheits- und Abrüstungspolitik, id Nr. 18, v. 15.10.1982, S. 238; id Nr. 14, v. 1.8.1982, S. 178.

¹⁹ Vgl.: Weiterer Rüstung entgegenwirken – die Achtung vor dem Rechtsstaat fördern. Stellungnahme des BDKJ-Bundesvorstandes vom 7.9.1983.

In der gewaltfreien Aktion werden folgende Stufen unterschieden:

1. Dialog mit Andersdenkenden, 2. nach außen verlegter Dialog (Demonstration, Protestmärsche, Flugblätter usw.), 3. ziviler Ungehorsam.

Gewaltfreie Aktionen beziehen sich letztendlich auch auf den politischen Generalstreik. Vgl. auch Jean Goss, Hildegard Goss-Meyr: Die Gewaltlosigkeit Jesu – eine Kraft, die Frieden schafft. Schriftenreihe des Jugendhauses Düsseldorf, Heft 34, Düsseldorf 1983.

²⁰ Bereits in der „Elmsteinerklärung“ (1952), gewissermaßen als Zugeständnis an die jungen Katholiken, die der Wiederbewaffnung der BRD skeptisch gegenüberstanden, wurde diese Forderung formuliert. Konkretisiert wurde sie 1969 in der BDKJ-Erklärung „Dienste für den Frieden“. Seit 1978 gab es etliche Versuche der Bundestagsparteien, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung einzuschränken. Stellungnahmen des BDKJ (September 1978, Mai 1979, Mai 1982) wandten sich besonders gegen diese Tendenz.

²¹ Entscheidungsseminar Bundeswehr – Kriegsdienstverweigerung des BDKJ, in: id Nr. 6/1981, S. 69.

ler Soldat oder Offizier zustimmen ...“ Aus friedenspädagogischen Erwägungen sei vom Wehrdienst abzuraten.²²

Im April 1985 legte der BDKJ-Bundesvorstand der Hauptversammlung einen „Beitrag zur Diskussion um die Friedensdienste“²³ vor, in dem es eindeutig heißt: „Nach unserer Auffassung [30] ist Krieg kein legitimes und moralisch begründbares Mittel der Politik ...“ Gefordert wird die „gewaltfreie Konfliktaustragung zwischen Staaten, der Gewaltverzicht und die generelle Gewaltverhinderung im Sinne des christlichen Verhaltensgrundsatzes der Gewaltlosigkeit, der Einsatz für die Wahrung der Menschenrechte und der Kampf um internationale Gerechtigkeit ...“

Im Vordergrund stehe die „politische Aufgabe der Friedenssicherung ...“. Notwendig und vorrangig sei eine Politik des Gewaltverzichts, der politischen und militärischen Entspannung sowie des Ausbaus vertrauensbildender Maßnahmen und vertraglicher Vereinbarungen zwischen den Nuklearmächten. Wenn militärische Friedenssicherung auch als notwendig angesehen wird, biete sie jedoch immer weniger Sicherheit. Weiter heißt es, daß die Frage nach dem Dienst für den Frieden heute anders zu beantworten sei: „Im Hinblick auf die Pflichtdienste müssen wir heute sagen, daß sie nicht als solche Friedensdienste sind. Sie haben unter den heutigen Bedingungen mehr oder weniger starke friedensfördernde bzw. friedenssichernde Anteile“. Dies veranlasse viele Jugendliche zu sagen, „daß für sie die Kriegsdienstverweigerung heute das deutlichere christliche Zeichen ist, auch wenn der Zivildienst kein Friedensdienst im uneingeschränkten Sinne von Friedensförderung ist.“²⁴

Beschlüsse und Stellungnahmen kamen aus allen großen Jugendverbänden des BDKJ.²⁵ Am konsequentesten formulierte die Bundesleitung der Katholischen Jungen Gemeinde:

– „Wir sagen Nein zu einem System, das wirtschaftliches Wachstum und Profit an erste Stelle setzt und die Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten von Menschen zu diesem Zweck einschränkt ...

– Wir selbst sagen Nein zum „Prinzip Rüstung“ ... Wir stellen uns in die christliche Tradition der Gewaltlosigkeit und halten darum heute die Verweigerung jeglichen Kriegsdienstes für die einzig vertretbare christliche Entscheidung ...“²⁶

[31] In Zusammenhang mit der Raketenstationierung in Westeuropa wurde also die katholische Jugend zunehmend politisch mobilisiert. Der BDKJ vertritt seither die grundlegenden Positionen der Friedensbewegung und unterstützt das Konzept einer Sicherheitspartnerschaft zwischen West und Ost. Er orientiert sich in seinen Positionen an Pax Christi, seit 1984 Mitglied des zentralen Koordinationsausschusses der Friedensbewegung der BRD, aber auch an Positionen der Grünen.²⁷ Darüber hinaus gibt es grundlegende Gemeinsamkeiten mit den Positionen der IKvu.²⁸ Eine offizielle Mitarbeit in zentralen Gremien der Friedensbewegung jedoch gibt es nicht, die Abstimmung erfolgt über Pax Christi bzw. mit der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerer.

²² Forum Christen im Gespräch (Interview mit B. Steinmetz, Institut für Friedensforschung Tübingen, in: id Nr. 22 vom 30.11.1981, S. 266.

²³ Ebenda.

²⁴ BDKJ-Bundesvorstand: Friedensauftrag/Friedensaufgaben von Christen. Ein Beitrag zur Diskussion um die Friedensdienste, in: BDKJ-BV; Dokumentation Dienste für den Frieden. Stand der innerverbandlichen Diskussion um die Überarbeitung der 69^{er}-Erklärung „Dienste für den Frieden“ nach der Hauptversammlung BDKJ 1985.

²⁵ Ebenda.

²⁶ Vgl. die o. g. Dokumentation.

²⁷ Offener Brief der KJG-Bundesleitung zum 8. Mai 1985 an die Mitglieder der KJG, ebenda.

²⁸ Vor allem in Friedens- und Umweltfragen gibt es positive Resonanz auf die Positionen der Grünen. Sie könnten allerdings als politische Partei nicht ernst genommen werden. Vgl.: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4.11.1983.

Wenn der BDKJ auch seine Selbständigkeit in der Friedensbewegung betont, so hat er sich doch einer breiten demokratischen Zusammenarbeit mit anderen politischen und weltanschaulichen Gruppen aufgeschlossen.

Grundsatz seiner Teilnahme in Aktionen der Friedensbewegung sei es, eigene Grundsätze und Ziele wahren zu können, sich nicht für „fremde Zwecke“, die letztendlich der Legitimierung anderer politischer Ziele dienen würden, mißbrauchen zu lassen. In der politischen Praxis richten sich diese Vorwürfe gegen die Kommunisten bzw. gegen die marxistisch-leninistischen Jugendorganisationen wie MSB und SDAJ.²⁹ Obwohl es punktuell und auf regionaler Ebene durchaus Formen der Zusammenarbeit mit marxistisch orientierten Gruppen gibt, z. B. im Rahmen großer Veranstaltungen, Demonstrationen usw., ist und bleibt der latente Antikommunismus ein Haupthindernis für große Teile der katholischen Jugend, sich diesem objektiven Bündnispartner aufzuschließen.

Andererseits plädiert der BDKJ für den Abbau von Feindbildern und praktiziert keinen militanten Antikommunismus wie z. B. die CDU/CSU und das ZdK. In einer gemeinsamen Stellungnahme der BDKJ-Hauptversammlung und der AEJ (Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend) wurde die Tendenz abgelehnt, „die Bedrohung des Weltfriedens unter den gegenwärtigen Bedingungen einseitig nur dem Herrschaftsanspruch des Kommunismus anzulasten“.³⁰ Vom BDKJ wird auch die Zugehörigkeit Westeuropas und der BRD zur NATO kritisch reflektiert. Sie sei [32] „Schutz und Risiko zugleich“. Die strategische Verzahnung und die politische Zusammenarbeit sei notwendige Voraussetzung für einen realen Schutz, aber zugleich auch „das reale Risiko, im Falle eines Konfliktes in Westeuropa von den strategischen Interessen der USA abgekoppelt zu werden“.³¹ Der BDKJ unterstützt eine „blockübergreifende Friedensbewegung“ und spricht von einer „Unterdrückung der Friedensbewegung“ in den sozialistischen Ländern. Diese falsche Einschätzung der sozialistischen Staatspolitik, die ihrem Wesen nach zutiefst Friedenspolitik darstellt, resultiert auch aus dem Unverständnis der sozial-ökonomischen Ursachen von Rüstung und Krieg. Aus seinen Argumentationen wird eine technikdeterministische Konzeption deutlich, wie sie in der gesamten Breite nichtproletarischen Protestes zum Ausdruck kommt. Die Erhöhung des Kriegsrisikos lastet der BDKJ wesentlich einer „Rüstung an sich“ an. Das muß eine stärker gesellschaftsanalytische Denkweise erschweren.³² In engem Zusammenhang damit wie auch mit falscher Einschätzung der Rolle der Sowjetunion und der sozialistischen Außen- und Sicherheitspolitik steht die „Supermachttheorie“. Sie abstrahiert von den determinierenden gesellschaftlichen Klassenkräften und ihren Zielen und verschleiert Rüstungs- und Kriegsursachen. Die „Supermachttheorie“ wirkt sich auch, wie noch zu zeigen ist, auf die Einschätzung der politischen Vorgänge in den Ländern der Nationalen Befreiungsbewegung aus.

3.2. Solidarität des BDKJ für den Kampf gegen Armut und Unterdrückung in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Die „Dritte-Welt-Arbeit“ nimmt im der politischen Tätigkeit des BDKJ einen wichtigen Platz ein. Die krasse Demonstration von Ausbeutung und Armut, brutalen Terror und amerikanischer Intervention provozierte die Notwendigkeit politischer Parteinahme als Parteinahme für die Armen und Entrechteten. Parallel dazu wirkt die biblische Botschaft, die heute von vielen

²⁹ Vgl. u. a. das vielbeachtete Dokument des Bensberger Kreises (IKvu) zur Friedensfrage: Bensberger Kreis (Hrsg.): Frieden – für Katholiken eine Provokation?, Hamburg 1982.

³⁰ Wie tief der Antikommunismus noch in der bürgerlichen Jugend verankert ist, zeigt auch, daß der Antrag der SDAJ auf Mitgliedschaft im DBJR 1982 zum 14. Mal abgelehnt wurde.

³¹ Gemeinsame Stellungnahme von BDKJ und AEJ zur Friedenserziehung im Unterricht. Zitiert nach: Friedenserziehung und Bundeswehr im Unterricht, in: id Nr. 23, v. 15.12.1981, S. 269.

³² Zitiert nach J. König: Keine Krise der gegenwärtigen Sicherheitspolitik., in: id Nr. 14, v. 1.8.1983, S. 178. Vgl. aber auch weitergehende Tendenzen in dem Aufruf zur 5. bundesweiten Friedenswoche.

Christen eindeutig in ihrer Option für die Armen und Entrechteten verstanden und interpretiert wird.

[33] Einen neuen Stellenwert enthielt die „entwicklungspolitische“ Arbeit im BDKJ durch die Erkenntnis, daß christlich motiviertes humanitäres Handeln, insbesondere Hilfeleistungen für die Länder der „Dritten Welt“, nicht losgelöst von den sozialpolitischen Zusammenhängen in diesen Ländern betrachtet werden kann.³³

Der BDKJ forderte deshalb von der Bundesregierung eine prinzipielle Neuorientierung der Entwicklungspolitik. In einem gemeinsamen Brief von AEJ und BDKJ an den damaligen Bundeskanzler Schmidt hieß es kritisch: „Wir begreifen Entwicklungspolitik als elementaren Bestandteil der Friedenspolitik ... Wer sich für den Frieden oder soziale Gerechtigkeit einsetzen will, muß auch für weltweite Entwicklung eintreten und entsprechende politische Entscheidungen treffen ... Wir sehen das Problem im Fehlen des politischen Willens der Entscheidungsträger, einer internationalen Verantwortung und damit der Entwicklungspolitik die erforderliche Priorität einzuräumen“.³⁴

Beide konfessionellen Jugendverbände konstatierten die Wirkungslosigkeit der bisherigen „Nord-Süd-Dialoge“³⁵, hielten sie jedoch für geeignet, „die Ungerechtigkeit im existierenden Weltwirtschaftssystem sowie unsere Verflechtungen darin aufzuzeigen sowie die unterschiedlichen Interessen der Verhandlungspartner aufzudecken“.³⁶

Der entwicklungspolitische Ansatz, der auf der Betonung der freien Marktwirtschaft beruhe, sei nichts anderes als das Überfließen von Kapital und Investment aus den kapitalistischen Industriestaaten in die Entwicklungsländer, somit profitorientiert und zielt auf Konzentration politischer und militärischer Macht.³⁷

Der BDKJ setzte sich für eine neue und gerechte Weltwirtschaftsordnung ein, er unterstützte, wenn auch nicht vorbehaltlos, die Forderungen der „Gruppe 77“ als Vertreter der Entwicklungsländer und verlangte eine „eindeutige Vorzugsbehandlung der Beteiligten in der Weltwirtschaft“.³⁸

Ein qualitativ neues politisches Moment der „Dritte-Welt-Arbeit“ des BDKJ, das gleichzeitig unter harter Kritik der katholischen Amtskirche und insbesondere der CDU/CSU steht, ist die Verurteilung der amerikanischen Aggressions- und [34] Interventionspolitik der USA in Lateinamerika.

Der Kampf um nationale und soziale Befreiung in den Ländern Mittelamerikas rückte in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit junger Katholiken. Sie unterstützen (wenn auch nicht vor-

³³ Vgl. dazu auch Robert Steigerwald: Marxistische Arbeiterbewegung und nichtproletarischer Protest in: Probleme des Friedens und Sozialismus, Heft 6/1982, S. 797 ff.

³⁴ Traditionelle Formen sind z. B. freiwillige soziale Dienste in den verschiedenen Ländern, Arbeit in Slum-Gruppen, mit Behinderten mit Kindern, in Basisgemeinden, Altpapier- und Altkleidersammlungen, die Aktion „Dritte-Welt-Handel“, Sternsingeraktionen, die Misereor-Jugendaktion, Projektunterstützung (1982/83) besonders in Senegal, Indien, Sri Lanka, Kenia.

³⁵ Brief an Bundeskanzler Helmut Schmidt von AEJ und BDKJ vom 7.10.1981, in: Neuorientierungen zur Entwicklungspolitik, id Nr. 21 vom 15.11.1981, S. 255.

³⁶ Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer. Bericht der Nord-Süd-Kommission, Köln 1980.

³⁷ Gemeinsame Stellungnahme der konfessionellen Jugendverbände AEJ und BDKJ anlässlich der 6. Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD VI der Vereinten Nationen, in: id Nr. 8, vom 1.5.1983, S. 100.

³⁸ Brandt forderte ausdrücklich auch im wirtschaftlichen „Eigeninteresse und zwar nicht nur der armen und der ärmsten Länder, sondern eben derer, denen es besser geht“ entwicklungspolitische Maßnahmen, die „wachstumsfördernd“ wirken. (Das Überleben sichern, a. a. O., Vorwort, S. 24. Vgl. dazu die Kritik an dieser Konzeption in der Studie des Ökumenischen Rates über die Kirche der Armen („Towards a Church in Solidarity with the Poor“ Genf 1980 in: epd Nr. 25 a/80, v. 2.6.1980.

behaltlos den bewaffneten Kampf der Nationalen Befreiungsbewegung als einen rechtmäßigen Kampf.³⁹

Die USA wurden aufgefordert, „das Selbstbestimmungsrecht der Völker Mittelamerikas zu achten, die Unterstützung militärischer Aktionen in Nicaragua u. a. Länder Mittelamerika endlich aufzugeben und den wirtschaftlichen Druck zu beenden“.⁴⁰

Dabei gilt die Kritik auch der CDU/CSU-Regierungspolitik, „die Entwicklungspolitik zunehmend als Instrument ihrer Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen verstanden wissen will“.⁴¹ Der BDKJ verurteilt die „Ideologie der nationalen Sicherheit“, die benutzt werden, „den Widerstand gegen diese ungerechte Situation im Keim zu ersticken“.⁴²

Es deutet sich auch hier (wie in der Friedensbewegung eine zunehmende Bereitschaft zu überregionaler Zusammenarbeit an. Sie reicht über konfessionelle „3. Welt-Gruppen“ weit hinaus.

Die regionale und bundesweite Verflechtung und Koordinierung der „3. Welt-Arbeit“ beschleunigt den politischen Lernprozeß im BDKJ und seine weitere „Linksentwicklung“. Eine spektakuläre bundesweite Aktion unter den Christen war z. B. die traditionelle Misereor-Jugendaktion 1983/84 mit der die südafrikanische Apartheidpolitik der Unmenschlichkeit angeklagt wurde.

Diese Aktion zog harte Kritik des CSU-Vorsitzenden Strauß nach sich. In einem Brief an die Bischöfe Stimpfle und Höffner hieß es, „Misereor stelle die Lage in Südafrika nachweislich falsch und hetzerisch“ dar, und fördere „revolutionäre Umtriebe“. Das Leitwort der Fastenaktion „Ich will ein Mensch sein“ nannte Strauß „Revolutionstheologie unter dem Deckmantel einer ‚Befreiungstheologie‘“.⁴³

Der BDKJ nahm auch an dem Solidaritätskongreß „Christen in Mittelamerika“ teil, der vom 13./15.5.1983 in Limburg/Lahn⁴⁴ stattfand.

Verschiedene Mitgliedsverbände des BDKJ hatten sich zuvor an [35] dem „Katholikentag von unten“ (Düsseldorf 2.-4.9.1982) beteiligt. Auch dort standen die Probleme der „Dritten Welt“ neben der Friedensproblematik im Vordergrund.

Der BDKJ und andere christliche Solidaritätsgruppen geben vielfältige aufklärende und koordinierende Materialien heraus und wenden sie in ihrer politischen Arbeit an (z. B. „Apropos Chile“, hrsg. vom BDKJ im Erzbistum Köln, Chile-Arbeitskreis; Solidaritätskalender Chile 1983 der KJG). Beim Bundesvorstand des BDKJ arbeitet das Referat Entwicklungspolitik. Der Bund kooperiert auch eng mit der Gesellschaft für Entwicklungspolitische Arbeit (GEPA). Ein weiteres Zentrum christlicher Solidaritätsarbeit ist die „Christliche Initiative El Salvador“.

³⁹ Gemeinsame Stellungnahme der konfessionellen Jugendverbände AEJ und BDKJ anlässlich der 6. Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD VI) der Vereinten Nationen, a. a. O.

⁴⁰ Auf einer Kooperationstagung der Referenten für politische Bildung des BDKJ äußerten zunehmend auch „pazifistische“ Vertreter „daß ein totaler Gewaltverzicht bei der Eskalierung von Konflikten auch bei ausdrücklichen Bezug zur christlichen Weltsicht nicht dem einzelnen moralisch abzufordern sei“. Dabei gelang es den Verfechtern, die die Nationale Befreiungsbewegung in Afrika und Lateinamerika unterstützten, die Dialektik von Forderung nach Abrüstung einerseits und Unterstützung der bewaffneten Gewalt in der Nationalen Befreiungsbewegung glaubhaft zu machen. Vgl.: Dem Anliegen des Friedens in der Soziallehre nachgespürt. Klaus Marcinczak, in: id Nr. 2 v. 29.1.1981, S. 15.

⁴¹ Solidaritätserklärung der BDKJ-Hauptversammlung mit Nicaragua. Zitiert nach: id Nr. 9, v. 16.5.1983, S. 109.

⁴² Ebenda.

⁴³ Josef Homberg: USA soll keine Waffen mehr liefern, in: id Nr. 12 v. 30.6.1982 S. 142. (Josef Homberg war damals Bundesvorsitzender des BDKJ).

⁴⁴ Die BDKJ-Misereor-Fastenaktion wurde 1977 zum erstenmal durchgeführt. Misereor wurde 1959 gegründet. 1984 steht die Hilfe für Indien im Mittelpunkt.

Offensichtlich setzt sich unter den jungen Katholiken die Erkenntnis durch, daß die fundamentalen Probleme der Entwicklungsländer sozialpolitischer Art sind, daß ihre Lösung ohne eine Veränderung des globalen Wirtschaftssystems nicht möglich ist. Diese Betrachtungsweise impliziert gleichzeitig den Systemcharakter von Entwicklungsproblemen, die inneren strukturellen Abhängigkeiten vor allem von den kapitalistischen Industriestaaten. Die Analyse dieser Zusammenhänge und der Dialektik von Politik und Ökonomie können helfen, tiefer in die Mechanismen imperialistischer Politik einzudringen, sie ist schließlich untrennbar verbunden mit der Analyse der Ursachen. von Krieg und Ausbeutung.

Aus der Schwerpunktsetzung in der Solidaritätsarbeit des BDKJ (wie auch der katholischen Studentengemeinden⁴⁵) geht eindeutig hervor, daß sie auf die Brennpunkte der politischen und sozialen Auseinandersetzungen wie Chile, El Salvador, Nicaragua, Südafrika gerichtet ist. Er unterstützt den Kampf dieser Völker um nationale und soziale Befreiung und ihr Recht auf Selbstbestimmung der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung. Aus diesen Positionen heraus resultiert antiimperialistisches Engagement, das sich gegen die Nichtachtung der Souveränität der Völker, gegen die brutale Interventions- und Boykottpolitik richtet. Gleichzeitig verzahnt sich christliches mit demokratischem Engagement anderer weltanschaulicher Gruppen in der politischen Praxis.

Aber auch hier hemmt der Antikommunismus weitergehende Ein-[36]sichten, insbesondere, was die Rolle der UdSSR im revolutionären Weltprozeß betrifft. Imperialistische Interventionspolitik und Unterstützung revolutionärer Kämpfe werden teilweise nebeneinandergestellt. Die soziale Frage, von den Katholiken durchaus als ein primär zu lösendes Problem erkannt, wird nicht als Klassenfrage, damit als Klassenkampffrage verstanden. Allerdings wird bewaffneter Widerstand der unterdrückten Völker von immer breiteren Teilen der katholischen Jugend als legitim und notwendig anerkannt. Außer der Supermachttheorie wirkt die weit verbreitete Vorstellung des Nord-Süd-Konflikts hemmend, obwohl durch eine zunehmend differenzierte Analyse mehr und mehr die profitorientierte imperialistische Ausbeutung als Haupthindernis für die Lösung der dringendsten Probleme in diesen Ländern erkannt wird. Unklarheiten bzw. Illusionen bestehen über Weg- und Zielvorstellungen nationaler und sozialer Befreiung, da der wissenschaftliche Sozialismus abgelehnt wird. Statt dessen orientiert sich der BDKJ stark an den reformistischen Konzeptionen eines sogenannten „3. Weges“ zum Sozialismus.

Insgesamt jedoch hat sich die Solidaritätsarbeit zu einem wichtigen Arbeitsfeld im BDKJ entwickelt. Sie richtet sich objektiv gegen die imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung der Völker. Mit wachsenden Einsichten und politischen Erfahrungen tritt der US-amerikanische Imperialismus als Hauptfeind der Völker der „Dritten Welt“ stärker in das Bewußtsein, ohne jedoch die objektiven Macht- und Profiteursachen bereits eindeutig analysieren zu können.

3.3. Gesellschaftskritik oder: Ist der BDKJ auf Linkskurs?

Die Auswirkungen der Krise des kapitalistischen Systems, insbesondere ihre Zuspitzung durch die imperialistische Hochrüstung verstärkte die Auseinandersetzung um gesellschaftliche Alternativen in Frieden und sozialer Gerechtigkeit unter der katholischen Jugend. Ihre Fragen richten sich zunehmend an die kapitalistische Wirtschaftsordnung.⁴⁶

⁴⁵ Brief an Bischöfe Stimpfle und Höffner vom 14.1.1983 zitiert nach: Thomas Seiterich. Weshalb „lügt“ Misionar? in: id Nr. 7, v. 16.4.1983, S. 81 f.

⁴⁶ Veranstalter war die Christliche Friedensinitiative El Salvador, beteiligt waren die Bundesleitungen von KJG und DPSG die BDKJ-Diözesanleitungen Köln, Trier, Limburg, die Aktion Sühnezeichen/FD e. V., die Aktion Selbstbesteuerung, die AG Ev angeleiteter Schülerarbeit, Pax Christi Bistümer Limburg, Paderborn Münster,

Solche Verbände wie die CAJ oder die KSJ gelangten bereits in den siebziger Jahren zu weitgehender Kritik an den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen als objektiver Ursache der [37] offen zutage tretenden Widersprüche in der kapitalistischen Gesellschaft. In der Plattform der KSJ (1973) hieß es, die Bedingungen der kapitalistischen Produktion zwingen zur Ungleichheit, Großaktionäre und Management verfügten über das in der Gesellschaft vorhandene Kapital und die Produktionsmittel, während die meisten anderen Gesellschaftsmitglieder davon ausgeschlossen seien. Es herrschten also einseitig verteilte Aneignungs- und Verfügungsgewalt. In der BRD bestehe der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung ... abstrakt faßbar als Konflikt zwischen Kapital und Arbeit.⁴⁷

Für die Mehrheit der katholischen Jugend können solche relativ weitgehenden Einschätzungen, die ausdrücklich auf die notwendige Vergesellschaftung von Produktionsmitteln zielen, nicht erwartet werden. Auf Verbandsebene orientiert sich der BDKJ sehr stark an den durchaus als progressiv anzusehenden Konzilsaussagen „Populorum progressio“ (Paul VI., insbesondere aber an der Enzyklika „Laborem exercens“ Papst Johannes Paul II. (1981) und unterstützt die progressive Linie in der katholischen Soziallehre.⁴⁸ Privateigentum an Produktionsmitteln wird nicht grundsätzlich in Frage gestellt, aber eine „Vormacht“ der Arbeit vor dem Kapital gefordert und der arbeitende Mensch ethisch und moralisch aufgewertet. Es stehe nicht die Frage, welches Interesse dem Kapital an sich zustehe, sondern wie vorhandenes Eigentum (egal, wem es gehöre), zum Wohle aller am besten eingesetzt werden könne.⁴⁹

Die diskutierte „laboristische Ordnung“ sei eine „Ordnung der Wirtschaft ... ein menschenwürdiges System der Bestellung, Kontrolle und Abberufung der Leitenden in Betrieben und Unternehmen.“ Kernpunkte seien Neutralisierung des Kapitals und erweiterte Mitbestimmung. Sicherlich darf man nicht verkennen, daß dieser sogenannte „3. Weg“ letztendlich den wissenschaftlichen Sozialismus ablehnt. Andererseits werden heute ökonomische, politische („strukturelle“) Veränderungen als unabwendbar angesehen. In der Soziallehre stehe nicht die Moral der Unternehmer und Arbeiter zur Debatte sondern die Wirtschaftsstruktur, die verändert werden (müsse).⁵⁰

Der Orientierungsrahmen des BDKJ „Arbeiten und Leben – Schritte zur menschlichen Zukunft“ (1984), betonte die not-[38]wendige „umfassende Umorientierung des Bewußtseins und der derzeitigen Wirtschaftsordnung“. Nur so sei ein Weg zu beschreiten, „der allen Menschen in der Bundesrepublik und weltweit Chancen auf Zukunft hin eröffnet, wenn er sich auf wirtschaftliches Wachstum in ökologisch und sozial verträglichen und verantwortbaren Bereichen beschränkt, und die technologische Entwicklung unter Kontrolle behält.“⁵¹

Köln, der Verband Christlicher Pfadfinder u. -innen Niedersachsen, die Studentenschaft der evangelischen reformierten Kirche in NW-Deutschland, die kirchliche Bruderschaft im Rheinland, die ESG Essen, die CAJ-Diözesanleitung Limburg, die Gemeinde Eschborn (Basisgemeinde u. a. 3. Welt-Gruppen.

Vgl. Solidarische Kirche – solidarisches Handeln, Neue Stimme, Köln 1983, Heft 5, S. 25.

⁴⁷ Perspektiven in der Arbeit der Studenten- und Hochschulgemeinden (Hrsg. AGG) Bonn 1981.

⁴⁸ Eberhard Schröder u. a.: Modell einer laboristischen Ordnung. Anregungen der Katholischen Soziallehre für die kirchliche Jugendarbeit. Schriftenreihe des Jugendhauses Düsseldorf Heft 31, Düsseldorf 1980.

⁴⁹ Plattform der Katholischen Studierenden Jugend, in: Katechetische Blätter/Kirchliche Jugendarbeit, Heft 7/195, S. 437 f. Vgl. dazu auch den Text in Heft 4/1973 S. 247 ff.

⁵⁰ Im Gegensatz zum „Mönchengladbacher Kreis“ vertreten Teilnehmer der „Heppenheimer Soziallehretage“ eine kritisch-progressive Auslegung der katholischen Soziallehre.

Diese Tagungen werden von der Arbeitsstelle für Jugendseelsorge bei der DBK, dem BDKJ und der kritischen katholischen Zeitschrift „Publik-Forum“ durchgeführt. 1983 nahmen an der 2. Tagung (3. Tagung: 1984, 4. Soziallehretage 1985 unter dem Thema „Laborismus angesichts der Arbeitslosigkeit“ Vertreter aus Gewerkschafts-, Verbands- und Jugendbildungsarbeit teil. Vgl.: Soziallehre aktueller denn je, in: id Nr. 12 vom 30.6.1983, S. 153 f.

⁵¹ Eberhard Schröder: Zur Schöpfung einer menschenwürdigen Arbeitswelt, in: id Nr. 1, vom 15.1.1982, S. 5 f.

Spielte im BDKJ der Bereich der Arbeit und der Wirtschaftsordnung bisher eine eher untergeordnete Rolle, orientiert dieser Beschluß nun eindeutig auf eine breit angelegte politische Diskussion in den Verbänden. Der BDKJ sei verpflichtet, in diesem für junge Menschen lebenswichtigem Bereich mitzudenken, Interessen zu vertreten, Perspektiven zu entwickeln, Positionen zu beziehen⁵². Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit bedeute ein „Problem allererster Ordnung, das letztlich nur strukturell zu lösen sei“⁵³ und hieße, „Menschen vom Schöpfungswerk Gottes ausschließen“⁵⁴. Eine Arbeitsordnung sei nur dann richtig, „wenn sie schon in ihren Grundlagen den Gegensatz von Kapital und Arbeit überwindet“⁵⁵.

Demokratisierung der Wirtschaft erfordere die „wirksame Beteiligung der Arbeitnehmer und aller Bürger an den Entscheidungsprozessen“ bzw. eine „Dezentralisierung der Entscheidungsprozesse“. In Zusammenhang damit seien aber auch die Gewerkschaften stärker als bisher als Diskussions- und Solidaritätspartner des BDKJ zu betrachten. Um die Fülle der anstehenden sozialen und politischen Fragen lösen zu können, sei es notwendig, „alle Vorschläge zur Verbesserung der derzeitigen und zur Entwicklung einer neuen Wirtschaftsordnung offen und vorurteilsfrei zu prüfen und zu diskutieren“. In seiner Gesamtheit ist der „Orientierungsrahmen“ des BDKJ ein durchaus beachtenswerter Versuch, auf objektive Fragestellungen zu reagieren, die aus dem Antagonismus der kapitalistischen Wirtschaftsordnung entspringen (Jugendarbeitslosigkeit, Sozialabbau, Demokratieabbau besonders im Produktionsprozeß, Wachstum der Produktion nach Maßgabe des Profits Entfremdung der „Erwerbsarbeit“, Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, ökologische Probleme) und Lösungswege aufzuzeigen. Der Kritik solcher wesentlichen Erscheinungen des Kapitalismus folgt jedoch keine [39] Hinwendung zu sozialistischen Perspektiven, wenn auch eine grundlegende Neuorientierung im Wirtschaftsbereich gefordert wird.

Tendenziell werden Positionen nichtproletarischer Protestbewegungen, wenn auch nicht in gleicher Konsequenz, aufgenommen.⁵⁶ Das ist spürbar in den Problemkreisen

- Ökologie und alternativer Lebensstil (er wird zunehmende Bedeutung für die jungen Christen haben);
- basisdemokratische Auffassungen und Aktivitäten (wobei hier die Konsequenz z. Z. eine mobilisierende Rolle spielt und nicht, wie im nichtproletarischen Protest, bis hin zur Ablehnung von Großproduktion und -organisation führt);
- Entfremdung der Lohnarbeit (die Gesellschaft – sei fremdbestimmend, ohne auf objektive Wirkungen des Kapitalismus, wie Spontaneität und Anarchie zu verweisen). Der BDKJ spricht von der Wahrung des „Subjektcharakters“ der Arbeit, bestimmte Erscheinungen der „Selbsthelfermentalität“ treten auf (wie z. B. das BDKJ-Projekt „Arbeit für alle“ 1984 gegründet), das alternative Projekte unterstützt und sich als eine Möglichkeit sinnvoller Tätigkeit arbeitsloser Jugendlicher versteht.

Der BDKJ befindet sich mit solchen Überlegungen erst am Anfang eines umfassenden Diskussionsprozesses. Es zeichnet sich ab, daß ernsthaft nach neuen und humanen gesellschaftlichen Alternativen gesucht wird.

⁵² Kirchliche Jugendarbeit und Arbeiterjugendliche, in: id Nr. 20/21 vom 31.10.1980, S. 237 f.

⁵³ Arbeiten und Leben – Schritte zur menschlichen Zukunft. Orientierungsrahmen für die Diskussion im BDKJ. Verabschiedet von der BDKJ-Hauptversammlung im Mai 1984. id-Dokumentation, Nr. 14 vom 31. Juli 1984, S. 137 ff.

⁵⁴ Der Jugendpolitische Ausschuß des BDKJ soll den Diskussionsprozeß koordinieren und der Hauptversammlung 1985 mit dem Ziel Bericht erstatten aus dem Orientierungsrahmen ein Positionspapier zu entwickeln. – Ebenda.

⁵⁵ Vgl. id Nr. 10 vom 31.5.1982, S. 119. Bereits 1982 stand die Hauptversammlung des BDKJ unter dem Thema Jugendarbeitslosigkeit.

⁵⁶ Arbeiten und Leben, ebenda.

Der zunehmende Protest gegen eine profitorientierte kapitalistische Gesellschaft widerspiegelte sich auch in der Abkehr großer Teile der Jugend auch der katholischen Jugend, von den herrschenden bürgerlichen Parteien. In Sonderheit gilt dies auch für das öffentlich beklagte Mißverhältnis der katholischen Jugend zur CDU/CSU. Noch kann die Mehrheit der katholischen Jugend als potentieller Parteigänger der Rechtsparteien gelten, denn bis zur Gegenwart sehen Mitglieder zahlreicher Verbände in der CDU den legitimen Arm der Kirche. Die objektive gesellschaftliche Realität zeigt jedoch schon, daß diese traditionelle Bindung keine stabilen Grundlagen mehr hat.

Ansgar Koschel (früher Vorsitzender-des Ausschusses Jugendpo-[40]litik beim Bundesvorstand des BDKJ, späterer Generalsekretär von Pax Christi, wertete den Wahlkampf der Parteien und die Stellungnahmen der Kirchen in Gegenüberstellung mit den Forderungen der katholischen Jugendlichen als Schlagworte und nebeneinandergestellt Aussagen.

Wichtige Fragen der Jugend wie Jugendhilferechtsreform, Kriegsdienstverweigerung, Jugendarbeitslosigkeit, Entwicklungspolitik seien entweder gar nicht oder nur allgemein zur Sprache gekommen. Das einzige Thema, bei dem es weitgehende Übereinstimmung mit den Positionen der CDU/CSU gäbe, wäre die Familienpolitik. In den Fragen des Energie- und Umweltschutzes, jedoch auch in anderen Bereichen wurden Gemeinsamkeiten mit den Grünen herausgestellt.⁵⁷ Als Partei seien sie allerdings keine Alternative.⁵⁸ Der BDKJ intervenierte gegen das militant antikommunistische Dokument des ZdK zur Bundestagswahl,⁵⁹ insbesondere gegen die Verunglimpfung der Grünen und der Friedensbewegung. Aus Rücksichtnahme auf die jungen Wähler mußten Angriffe des ZdK abgeschwächt werden. Auch der 30. Bundesparteitag der CDU im November 1981 in Hamburg, der unter dem Thema „Mit der Jugend – unser Land braucht einen neuen Anfang“ stand wurde nicht als eine echte Auseinandersetzung mit der Jugend gewertet. Karl Heinz Feldbaum, Vorsitzender des BDKJ in der Diözese Köln, kritisierte: „Die starke Fixierung auf die ‚Gefahr aus dem Osten‘, die blind macht für andere Gefahren (Stichwort ‚Nord-Süd-Konflikte‘), die mangelnde Bereitschaft, militärisches Sicherheitsdenken zu hinterfragen und alternative Verteidigungskonzepte zu diskutieren, lassen für die Zukunft wenig hoffen. Mit dem verabschiedeten Leitantrag jedenfalls macht die CDU meines Erachtens keinen ‚neuen Anfang‘ – eher wurde in Hamburg das ‚dicke Ende‘ sichtbar.“⁶⁰

„Von einem fairen Dialog kann nicht mehr die Rede sein“, so kommentierte der damalige Vorsitzende des BDKJ, Josef Hornberg, das Verhältnis zwischen BDKJ und CDU/CSU⁶¹. Willi Weißkirch, Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Verteidigungsausschuß, warf dem BDKJ vor, sich in den letzten zehn Jahren „deutlich nach links“ zu orientieren.⁶² Schließlich stand der „Linkskurs“ des BDKJ im Mittelpunkt einer Studienkonferenz der Thomas-Morus-Akademie in Walberberg. Homberg [41] stellte dort heraus, in welcher Weise von einem Linksruck des BDKJ „mit vollem Recht“ zu sprechen sei, dann nämlich, wenn damit die „Ablösung aus einer politischen und personell sehr engen Bindung an die CDU seit den Nachkriegsjahren gemeint ist“.⁶³

⁵⁷ Ebenda.

⁵⁸ Vgl. zur Kritik dieser Positionen Robert Steigerwald: Protestbewegung, Streitfragen und Gemeinsamkeiten, Frankfurt a. M. 1982.

⁵⁹ id Nr. 11 vom 15.6.1981, S. 130.

⁶⁰ id Nr. 6 vom 6.5.1980, S. 101; vgl. auch: „Wahlhilfe '80 des BDKJ“ die in 6000 Exemplaren an die Verbände und Diözesen versandt wurde.

⁶¹ Politische Erklärung des ZdK aus Anlaß der bevorstehenden Bundestagswahlen, in: Herder Korrespondenz 12/1982 S. 577.

⁶² id Nr. 22 vom 30.11.1981, S. 261.

⁶³ id Nr. 6 vom 31.1.1982, S. 61.

Homberg stellte die Frage, ob es einseitig sei, wenn

- radikale gesellschaftliche Veränderungen im Südamerika, die Abschaffung der rechten diktatorischen Militärjungen, die Abhaltung demokratischer Wahlen gefordert würden; wenn Selbständigkeit für Namibia und die Abschaffung der menschenverachtenden und -unwürdigen Apartheidpolitik gefordert würde;
- wenn die Abschaffung der Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer gefordert würde und man sich in der Sicherheitspolitik für einseitige, kontrollierte Abrüstungsschritte des Westens ausspräche;
- wenn man zu der Einsicht gelange, daß Schritte zur Humanisierung der Arbeitswelt nicht entschlossen genug angegangen werden und die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Arbeiter keineswegs effektiv und befriedigend seien;
- wenn man die Politik der Entspannung positiv bewerte und Kontakte zu sozialistischen Jugendorganisationen habe. (Der damalige BDKJ-Vorsitzende leitete in seiner Funktion als Vorsitzender des DBJR Treffen mit Vertretern des Komitees der Sowjetischen Jugendorganisationen in der BRD bzw. die Delegation des DBJR beim Zentralrat der FDJ⁶⁴).

Eine Bestandsaufnahme demokratischer und realistischer Positionen der katholischen Jugend zeugt von ihrer gewachsenen Entschlossenheit, dem konservativen und gefährlichen Kurs der Konfrontation, Hochrüstung und der sozialen Demontage Widerstand zu leisten. Sie drückt politische Reife aus. Die traditionellen Bindungen wie christliche Weltanschauung und Erziehung antikommunistische Vorbehalte und „Bedrohungsängste“ sowie bürgerliches Gesellschaftsbewußtsein und kleinbürgerliche Kapitalismuskritik stellen jedoch nicht zu unterschätzende hemmende Faktoren dar.

In Zusammenhang mit politischem und ökonomischem Druck durch die Kirchenleitungen ist der BDKJ als Dachverband gezwungen, gewissermaßen eine Kompromißhaltung zwischen weitergehenden [42] politischen Forderungen einzelner Verbände und Gruppierungen und den Möglichkeiten zu finden, die ihm von der katholischen Kirche als unmittelbare Trägerinstitution (wenn auch unter schwerer Kritik) gerade noch zugesprochen werden.⁶⁵

Weiterhin muß bei den Überlegungen zur Wirksamkeit politischer Positionen im BDKJ einschränkend auf die primär freizeitorientierte Haltung im Gesamtverband und auf den breiten Anteil religiöser Arbeit hingewiesen werden. Es würde zu einer Überschätzung der politischen (kritischen) Positionen und Kräfte im BDKJ führen, legte man diese als alleinige Kriterien katholischer Jugendarbeit aus.⁶⁶ Dennoch erlauben die Positionen und Aktivitäten des BDKJ seit Ende der siebziger Jahre die Feststellung, daß sich hier ein politischer Grundkonsens entwickelt hat, der sich in eindeutiger Weise vom Konservatismus in der BRD abhebt, darüber hinaus in wichtigen Positionen mit Aufgaben und Zielen der demokratischen Bewegungen in der BRD übereinstimmt.

⁶⁴ Ebenda.

⁶⁵ Ist der BDKJ auf Linkskurs? Studienkonferenz der Thomas-Morus-Akademie in Waltherberg, in: id Nr. 18, vorn 15.10.1982, S. 224 f.

⁶⁶ Als „Kehrseite der Medaille“ führte Homberg aber auch folgende Aktivitäten des BDKJ an: Protest gegen die Verhängung des Ausnahmezustandes in Polen, Einsatz für die freie Betätigung von Solidarność, Protest gegen die „Besetzung Afghanistans durch die Rote Armee“, Partnerschaftspflege mit dem katholischen Jugendlichen in der DDR; die Arbeit der „Aktion Kaserne“, die junge Wehrpflichtige politisch und religiös begleite und unterstützte; Nichtteilnahme an den Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Havanna 1978; Nichtteilnahme an den großen Friedemsdemonstrationen 1980 und 1981, obwohl es darüber im Verband große Auseinandersetzungen gegeben hatte. Ebenda.